N i e d e r s c h r i f t

(HFPA/006/2022)

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 22.06.2022, 16:00 - 17:15 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:45 Uhr

- siehe Anlage –

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

9.	Mitteilungen zur Kenntnis	
9.1.	Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	13/133/2022
Kenntnisnahme
9.2.	Veröffentlichung von Vergaben in Die amtlichen Seiten (DaS)	13-1/007/2022
Kenntnisnahme
9.3.	Einrichtung eines zentralen Sitzungsdienstes im Bürgermeister- und Presseamt	13/132/2022
Kenntnisnahme
9.4.	Erweiterung Grabflächen im Westfriedhof Steudach	34/011/2022
Kenntnisnahme
9.5.	Außendienst der Ordnungsbehörde - Sachstandsmitteilung zum Beschluss des HFPA vom 18.11.2021	33/029/2022
Kenntnisnahme
10.	Umbenennung des Langemarckplatzes in Klimagerechtigkeitsplatz; Antrag 134/2021 der Klimaliste vom 30.04.2021	13/119/2022
Gutachten
11.	Finanzielle Unterstützung der Allianz gegen Rechtsextremismus	13/131/2022
Beschluss
12.	Livestreams zu größeren Themen in Ausschüssen und im Stadtrat und Veranstaltungen	13-1/008/2022
Beschluss
13.	Informationsveranstaltungen zum geschlechtergerechten Haushalt und zu geschlechtersensibler Stadtplanung, Antrags-Nr. 065/2021	13-3/062/2022
Beschluss
14.	Notfallbroschüre: Was tun im Falle eines Brownouts/Blackouts? - Antrag der AfD-Stadträte vom 15.02.2022	37/024/2022

		Beschluss
15.	IGZ Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH: Gesellschafterversammlung am 12.05.2022	BTM/048/2022 Beschluss
16.	Budgetergebnisse 2021; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2021	20/030/2022 Gutachten
17.	Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2021 des GME (Amt 24)	241/021/2022 Gutachten
18.	Überprüfung, Reparatur bzw. Erneuerung der Beschallungsanlagen der städtischen Friedhöfe - Antrag Nr. 115/2022 der Freien Wähler	34/012/2022 Beschluss
19.	Antrag Nr. 076/2022 der Klimaliste: Bericht zu Homeoffice und Shared-Desk-Konzept in der Stadtverwaltung	112/064/2022 Beschluss
20.	Personalbericht 2021	113/049/2022 Einbringung
21.	Zweckvereinbarung mit der Stadt Weiden über die Funktionsübertragung zur Festsetzung von Beihilfen	113/051/2022 Gutachten
22.	Einmalige zusätzliche Mittel für die Beschaffung von IT-Endgeräten mit Zubehör; Aufhebung der durch den Stadtrat veranlassten Sperre	40/119/2022 Gutachten
23.	Aufhebung der Haushaltsmittelsperre für die Pausenhofneugestaltung an der Loschge-Grundschule	40/120/2022 Gutachten
24.	Neubau Technisches Rathaus, Beschluss der Vorentwurfsplanung; Fraktionsantrag Klimaliste Erlangen 075/2022: "Generalsanierung des Fridericianums vorziehen"; Änderungsantrag CSU 391/2021: "Planungsmoratorium/veränderte Arbeitswelten"	242/100/2021/1 Gutachten
25.	Neubau Fahrradabstellanlage am Bahnhof; Entwurfsplanungsbeschluss	242/135/2022 Gutachten
25.1.	Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2021 des Amtes 39	39/007/2022 Beschluss
26.	Anfragen	

TOP 9

Mitteilungen zur Kenntnis

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Janik bedankt sich bei Herrn berufsm. StR Beugel und Herrn berufsm. StR Ternes für die Durchführung der Bergkirchweih.

TOP 9.1

13/133/2022

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Sachbericht:

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Zuständigkeitsbereich HFPA zum 30.05.2022 auf; sie enthält die Information der Referats- und Amtsbereiche, für die der HFPA zuständiger Fachausschuss ist.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.2

13-1/007/2022

Veröffentlichung von Vergaben in Die amtlichen Seiten (DaS)

Sachbericht:

In Absprache zwischen Bürgermeister- und Presseamt und der Zentralen Vergabestelle werden künftig bei allen Vergabeverfahren nur noch Kurzfassungen von Ausschreibungen inklusive eines Links zur Veröffentlichung in „Die amtlichen Seiten“ (DaS) veröffentlicht.

Der Veröffentlichungsschwerpunkt von DaS hat sich in den vergangenen Jahren in den digitalen Bereich verlagert. Insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie hat sich dieses Vorgehen bewährt, da amtliche Bekanntmachungen so kurzfristig publiziert und gleichzeitig breit bekannt gemacht werden können.

Im Bereich der Bekanntmachungen ist DaS derzeit nicht einheitlich gestaltet. Teilweise werden Kurzfassungen der Ausschreibungen veröffentlicht, teilweise Langfassungen. Künftig einheitliche Kurzfassungen zu verwenden, verringert Arbeitsaufwand und Fehleranfälligkeit gegenüber der derzeit teilweise praktizierten Veröffentlichung von Langfassungen aus PDF-Dateien. Da die amtlichen Seiten überwiegend ohnehin digital versendet werden, ist eine Kurzfassung mit Link auf

die Vergabeplattform ein zusätzlicher Service für die derzeit circa 1650 digitalen Abonent*innen von „Die amtlichen Seiten“.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.3

13/132/2022

Einrichtung eines zentralen Sitzungsdienstes im Bürgermeister- und Presseamt

Sachbericht:

Das Bürgermeister- und Presseamt sieht von der Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes für städtische Ausschusssitzungen ab und befürwortet die Beibehaltung des bisherigen in den Fachbereichen gliederten (dezentralen) Sitzungsdienstes.

Besonders im Hinblick auf die benötigte Stellenmehrung von 1,5 Planstellen im Bürgermeister- und Presseamt kann die Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes nicht vorgeschlagen werden. Der Stellenmehrung stehen keine erkennbaren Stelleneinsparungen in anderen Bereichen gegenüber.

Der Vorschlag einen zentralen Sitzungsdienst einzurichten, wird daher nicht weiterverfolgt.

Protokollvermerk:

Herr StR Bazant erhebt die MzK 9.3 zum TOP.

Es wird sich über die näheren Hintergründe erkundigt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.4

34/011/2022

Erweiterung Grabflächen im Westfriedhof Steudach

Sachbericht:

Seit 1997, nunmehr seit 25 Jahren, bietet das Standes- und Friedhofsamt auf dem Westfriedhof in Steudach Grabfelder für muslimische Bestattungen an (Erdbestattungen, gegen Mekka ausgerichtete, vermessene Gräber, bisher grundsätzlich nur einmal belegbar).

Im Jahr 2018 wurde ein zweites Feld angelegt, da eine verstärkte Nachfrage seit 2015 für diese besondere Bestattungsart durch Zuzug und Anstieg der Anzahl der Geflüchteten zu verzeichnen ist.

Um den Flächenbedarf einzudämmen, wurde 2018 durch Änderung in der städtischen Bestattungs- und Friedhofssatzung festgelegt, dass nur für Verstorbene muslimischen Glaubens, die bis zum Tod ihren Hauptwohnsitz in Erlangen hatten, ein Grabrecht erworben werden kann.

Dennoch sind nur noch wenige Gräber im zweiten Feld verfügbar. Seit 2020 steht das Standes- und Friedhofsamt mit den o.g. beteiligten Dienststellen in Kontakt, um eine geeignete Erweiterungsfläche für den Westfriedhof, sowohl für ein drittes muslimisches Grabfeld als auch für weitere Baumbestattungen, zu finden.

Nach Prüfung aller umliegenden Flächen bezüglich des Erwerbs, der Umwandlung bzw. Nutzungsänderung wurde mit EB 773 Einigung erzielt, einen Teil der südlich des Westfriedhofes angrenzenden Fläche an Amt 34 zurückzugeben, damit die dringend benötigten Bestattungsfelder auf stadteigenem Grund errichtet werden können.

Dies erspart zum einen Grundstücksverhandlungen und zum anderen ist keine Änderung der Bauleitplanung erforderlich. Zudem werden die neuen Flächen und Grünanlagen ausschließlich in Eigenleistung erstellt, es werden damit außer Materialkosten keine weiteren finanziellen Ressourcen benötigt.

In Ziffern:

1. Muslimisches Grabfeld Nr. 1: 71 Einzelgräber
2. Muslimisches Grabfeld Nr. 2: 70 Einzelgräber
3. Künftiges muslimisches Grabfeld: 101 Grabstätten, davon 9 Familiengräber (nebeneinanderliegend)
4. Neues Obstbaumbestattungsfeld: 14 Obstbäume mit je 4 Urnengrabplätzen
5. **Derzeitige** Gebühren:
 - Einzelgrab im muslimischen Feld: 30 € pro Jahr
 - Obstbaum 2-stellig (2 Urnen): 110 € pro Jahr
 - Obstbaum 4-stellig (4 Urnen): 220 € pro Jahr

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag von Herrn StR Bazant zum Tagesordnungspunkt erhoben.

Es wird sich erkundigt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.5

33/029/2022

Außendienst der Ordnungsbehörde - Sachstandsmitteilung zum Beschluss des HFPA vom 18.11.2021

Sachbericht:

In der Beantwortung des Antrags der CSU-Fraktion zum Werbekonzept „Saubere Stadt“ und zum Konzept „Ordnungsdienst“ (Vorlagennummer 33/020/2021) hat die Verwaltung zugesagt, ein Konzept für den Außendienst der Abteilung öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erarbeiten. Es sollte durch einen verstärkten Außendienst der Abteilung mehr Präsenz im öffentlichen Raum gezeigt und schneller auf Bürgerbeschwerden reagiert werden. Insbesondere war angedacht, dass die Abteilung öffentliche Sicherheit und Ordnung als Erstanlaufstelle für Bürgerbeschwerden in Bezug auf Vorfälle im öffentlichen Raum fungiert und die weitere Bearbeitung intern koordiniert. In der daraufhin erfolgten Abstimmung mit den beteiligten Fachämtern hat sich jedoch gezeigt, dass durch eine solche Anlaufstelle unnötige Schnittstellen geschaffen würden, welche die Fachbereiche eher kritisch sehen.

Aus diesem Grund hat sich das Bürgeramt darauf konzentriert, den Außendienst im eigenen Zuständigkeitsbereich zu verstärken. Es wurde eine Planstelle für eine/n weiteren Außendienstmitarbeiter*in beantragt. Damit soll der Außendienst der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung künftig wie folgt ausgeweitet werden:

- Eine Kontrolle der rechtskonformen Nutzung des öffentlichen Raums soll künftig verstärkt auch anlasslos und auch in den Außenbezirken stattfinden. Damit können die städtischen Ordnungs- und Gestaltungsvorstellungen besser umgesetzt werden.
- Auf Beschwerden bezüglich im öffentlichen Raum zurückgelassener sogenannter Schrottfahrräder soll künftig schneller und transparenter reagiert werden. Angedacht ist eine Möglichkeit für Bürger*innen, dies online zu melden und auf einer interaktiven Karte den Bearbeitungsfortschritt nachzuvollziehen.
- Durch eine Ausstattung mit zwei Außendienstmitarbeiter*innen könnte die Ordnungsbehörde auch auf sonstige, unvorhergesehene Fälle schneller und flexibler reagieren. Solche Fälle kommen im Alltag der Ordnungsbehörde erfahrungsgemäß recht häufig vor.

Um einen kommunalen Ordnungsdienst im Sinne des Antrags der CSU-Fraktion handelt es sich dabei nicht. Wie bereits in der oben genannten Beschlussvorlage ausgeführt wäre die Einführung eines solchen Ordnungsdienstes jedoch mit einem erheblichen personellen Aufwand verbunden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10

13/119/2022

**Umbenennung des Langemarckplatzes in Klimagerechtigkeitsplatz; Antrag
134/2021 der Klimaliste vom 30.04.2021**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Verschiedene Gremien haben sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema befasst, wie man mit der schwierigen Namensgebung von Straßen umgeht. Es wurde die Entscheidung getroffen, grundsätzlich keine Straßen und Plätze umzubenennen, wenn Anwohnerinnen und Anwohner betroffen sind.

Es wird stattdessen über Konzepte nachgedacht, um die Auseinandersetzung mit der Namensgebung zu unterstützen. Es soll die Möglichkeit geboten werden, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen und die Geschehnisse zu reflektieren. Dazu gehört u.a. auch die Ergänzung bzw. Veränderung von Zusatzschildern an Straßen. Es wird jedoch auch über andere Möglichkeiten der Information und des Gedenkens nachgedacht.

Das Stadtarchiv wird eine Überprüfung aller Erlanger Straßennamen vornehmen. Eine Gesamtschau auf den Bestand der Straßenbezeichnungen ermöglicht es, in einem wissenschaftlich fundierten Abwägungsprozess die historisch belasteten Benennungen herauszufiltern und zu bewerten. In einem mehrjährigen Projekt soll u.a. ein Vorgehen mit ggf. belasteten Bezeichnungen erarbeitet werden und dem Stadtrat zum Beschluss vorgeschlagen werden. Auf die Beschlussfassung des Kultur- und Freizeitausschuss vom 30.06.2021 (Vorlage Nr. 45/006/2021) wird im Übrigen verwiesen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Umbenennung eines einzelnen Platzes angesichts des bereits geplanten Projekts ist nicht zielführend.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Vorschlag den Langemarckplatz in Klimagerechtigkeitsplatz umzubenennen, wird nicht weiterverfolgt

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Vorschlag den Langemarckplatz in Klimagerechtigkeitsplatz umzubenennen, wird nicht weiterverfolgt.
2. Der Antrag Nr. 134/2021 der Klimaliste vom 30.01.2021 ist bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 11 gegen 0

TOP 11

13/131/2022

Finanzielle Unterstützung der Allianz gegen Rechtsextremismus

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Stadt Erlangen ist seit ihrer Gründung Mitglied in der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. Seit dem Jahr 2009 setzt sich die Allianz für den Schutz der Demokratie, eine offene Gesellschaft und für ein Zusammenleben auf der Basis demokratischer Grundwerte ein. Sie versteht sich als unabhängiges und solidarisches Netzwerk, das bundesweit einzigartig ist. Unabhängig vom politischen, sozialen, religiösen, nationalen oder rechtlichen Hintergrund ihrer Mitglieder, geht es der Allianz darum, allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Demokratisches Engagement braucht eine nachhaltige Finanzierung. Die *Allianz* hat bisher ganz bewusst darauf verzichtet, verpflichtende Mitgliedsbeiträge zu erheben. Sie hat sich in der Vergangenheit mit der Bitte um eine freiwillige finanzielle Unterstützung an ihre Mitglieder gewandt. Dieser Bitte sind zahlreiche Mitglieder nachgekommen. Ohne diese Spenden wären viele Projekte und Aktionen der letzten Jahre, wie z.B. das Projekt Demokratiekoffer nicht umsetzbar gewesen.

Trotz intensivster Bemühungen ist es der Allianz allerdings bis heute nicht gelungen, eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung der Geschäftsstelle sicherzustellen.

Nach aktuellem Stand gibt es ab dem Jahr 2023 keine weitere Förderung – weder für Sach- noch für Personalmittel. Ein weiterhin schlagkräftiges Wirken der Allianz wäre somit gefährdet. Zur nachhaltigen Finanzierung der Geschäftsstelle der Allianz werden pro Jahr rund 80 000 € für Personalausgaben sowie rund 20 000 € für Aktions- und Kampagnenmaterial benötigt.

Mit Beschluss vom 3.12.2021 hat die Mitgliederversammlung den Vorschlag des Vorstands beschlossen, alle Mitglieder aufzufordern, je nach Leistungsstärke künftig regelmäßig einen freiwilligen Unterstützungsbeitrag an den Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V. zu leisten. (siehe Anlage).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die vorgeschlagene Beitragshöhe für die Gebietskörperschaft der Stadt Erlangen beträgt 960 Euro jährlich. Für das laufende Jahr 2022 wird vorgeschlagen, die halbe freiwillige Beitragshöhe zu überweisen. Die Stadt Erlangen unterstützt die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg durch einen freiwilligen Unterstützungsbeitrag in der vorgeschlagenen Höhe. Der freiwillige Unterstützungsbeitrag soll an den gemeinnützigen Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V. überwiesen werden.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	480 €	Im Jahr 2022 bei Sachkonto: 531101
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	960 €	In den Folgejahren bei Sachkonto: 531101
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden im Budget auf Kst/KTr/Sk 130090/11110010/531101
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt Erlangen unterstützt die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg im Jahr 2022 durch einen freiwilligen Unterstützungsbeitrag an den Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V. in Höhe von 480 Euro. Für die folgenden Jahren wird ein freiwilliger Unterstützungsbeitrag in Höhe von 960 Euro zugesagt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 12

13-1/008/2022

Livestreams zu größeren Themen in Ausschüssen und im Stadtrat und Veranstaltungen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Seit der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Beschränkung bei der Zahl von Zuhörenden im Sitzungssaal (Großer Saal der Heinrich-Lades-Halle) werden die Sitzungen des Stadtrates im Livestream gezeigt. Die technische Umsetzung wird durch einen Dienstleister übernommen. Eine Speicherung der Aufzeichnungen ist aus Datenschutzgründen nicht möglich, sie sind im Nachgang deshalb auch nicht über Youtube abrufbar.

Die Zahl der Zuschauer*innen bei den Streams ist überschaubar. Wie sich zeigt, sorgen jedoch bei Vorankündigung Themen, die die Stadtgesellschaft oder einzelne Stadtteile bewegen, für größere Zuschauer*innenzahlen.

In den Stadtratsgremien wurden andererseits aber Bedenken geäußert, dass die regelmäßige Übertragung vollständiger Sitzungen die Debattenkultur in den Ratsgremien nachhaltig verändern könnte. Hinzu kommt, dass städtische Mitarbeiter*innen nicht gefilmt werden dürfen. Auch hier wurden in den Gremien deshalb Bedenken geäußert, dass fachliche Einschätzungen in den Ausschüssen bei regelmäßigen und vollständigen Sitzungsübertragungen aus den Ausschüssen nicht mehr wie bisher direkt von den zuständigen Personen gegeben werden können. Andererseits sind Livestreams ein sinnvolles Instrument, um die städtischen Ziele zu erreichen: Die politische Transparenz zu erhöhen und die Bürger*innen-Partizipation zu fördern. Eine breitere Nutzung und Verankerung könnten zudem auch die Zahl der Zuschauer*innen erhöhen. Der in den Stadtratsgremien diskutierte Weg, Diskussionen zu großen Themen und wichtige Veranstaltungen zu streamen, scheint deshalb ein gangbarer Mittelweg.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Ratssaal werden die technischen Voraussetzungen in Zusammenarbeit mit GME geschaffen, um Streams möglichst automatisiert und ohne Unterstützung eines externen Dienstleisters in guter Bild-Ton-Qualität zu übertragen.

Bei Veranstaltungen wird in Verantwortung der Pressestelle entschieden, ob diese gestreamt werden. Es wird ein Schulungskonzept erarbeitet, um Dienststellen, die zahlreiche Veranstaltungen durchführen, auch die eigenständige Übertragung von Veranstaltungen zu ermöglichen. Ferner wird ein Konzept erarbeitet, wie mit größeren Themen aus den Ausschüssen und Stadtratssitzungen umgegangen werden kann. Wichtige Eckpunkte sind dabei

- Themen, die gestreamt werden, müssen mit einer festen Uhrzeit in der Tagesordnung vorgesehen sein. Andernfalls ist es nicht möglich, die Übertragung vorab rechtzeitig zu bewerben. Bei den Uhrzeiten ist ein geeigneter Mittelweg zu finden zwischen Uhrzeiten, die mitarbeiter*innen- und bürger*innenfreundlich sind.

- Um die Übertragung von Themen ausreichend ankündigen und bewerben zu können, muss idealerweise eine Woche vor Sitzungstermin feststehen, welche Themen zu welcher Uhrzeit übertragen werden. Dabei geht es auch um die Planbarkeit für Bürger*innen. Das bedeutet aber auch, dass unter Umständen Themen, die kurzfristig aufkommen, nicht gestreamt werden können. Ferner muss jeweils die Frage beantwortet werden, welche Themen als „größere Themen“ zu sehen sind. Dabei handelt es sich um eine politische Frage, die nicht die Pressestelle klären kann, sondern bei der es eine Einbeziehung der Fraktionen und Gruppierungen bedarf. Der Ältestenrat oder auch die Fraktionsvorsitzendengespräche finden jedoch zu selten statt, um entsprechende Entscheidungen ggf. auch mit hoher Aktualität zu treffen. Hier sind unter Einbindung der Stadtratsfraktionen und -gruppierungen Entscheidungsstrukturen auch für kurzfristige Abstimmungen zu finden. Geklärt werden muss aber auch, ob die Verwaltung Themen einbringen kann.

Damit „größere Themen“ gestreamt werden können, muss der Livestream immer auch durch die Verwaltung vorbereitet und begleitet werden. Das gilt auch bei einer weitestgehend automatisierten Veranstaltungstechnik. Arbeitsschritte sind:

- a) Vorbereitung des Streams:
Themenklärung, Angebote einholen und Vergabe, Absprache mit dem Stream-Dienstleister zu Software-Klärung und Schnittstellen-Klärung samt Konzeption für Website und Social Media Kanäle, Klärung von Design und Visualisierung (Austausch von Logos, Design von Bauchbinden, Start- und Endsequenz, Copyright-Rechte), Erstellung von Bilder für die Werbung auf Social Media und zum Teil auch für Website (Slider-/ und Website-Bild) mit InDesign, Konzeption einer Werbekampagne für Social Media (Vorankündigung des Livestreams, beginnend meist zwei Wochen vor dem Livestream), eventuell Community-Management bei Rückfragen von Bürger*innen, Erstellung von Thumbnails / Vorschaubilder in InDesign für den Livestream selbst, Durchführung eines Testlaufs vor jedem Livestream mit dem Dienstleister.
- b) Am Tag des Livestreams:
Einrichtung des Livestreams vor Sitzung samt erneutem/finalem Test, vor-Ort Betreuung des Livestreams, eventuelle Bild-Ton-Korrekturen oder reboot der Schnittstellen auf Website und Social Media bei Abbruch / Aussetzer von Livestream (kann bspw. passieren wenn Internetverbindung nicht gut ist), crossmediales Streaming (Agentur liefert meistens Schnittstelle bzw. Verbindung zu 1-2 Kanälen - primär Youtube, sekundär Facebook), Verbreitung des Streams zusätzlich auf Instagram und Twitter, Einbindung des Streams in Website erlangen.de, Streaming Info muss bearbeitet werden (Schreiben von Info-Texten, Überschriften, Meta-Tags, Playlists etc), Betreuung und Beobachtung der Community vor Ort am Tag des Streams mit ggfs. Reaktion auf Kommentare und Nachrichten (Vorbeugung von Shitstorms)
- c) Nachbereitung:
Löschung des Streams auf allen Kanälen und Website (falls notwendig), Social Media Analyse für Auswertung des Streams und visuelle Aufbereitung der Zahlen (bspw. wie viele Zuschauer, Geschlechterverteilung, Alter usw.)

Die Anforderungen für das regelmäßige Streaming der Stadtratssitzung können derzeit nur durch das Instrument einer kurzfristigen Beschäftigung bei der Pressestelle aufgefangen werden. Um künftig regelmäßig größere Veranstaltungen sowie Themen streamen zu können, ist eine Vollzeitstelle erforderlich. Die Stelle ist für das Thema Video-Produktion im Allgemeinen und Livestream im Speziellen zuständig.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit dem Stellenplan wird im Zuge der Haushaltsaufstellung 2023 eine entsprechende Stelle beantragt. Ein Redaktionskonzept, das eine entsprechende Einbindung von Fraktionen und Gruppierungen sicherstellt, wird erarbeitet, und bis Jahresende im Ältestenrat zur Diskussion vorgelegt.

Die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen werden regelmäßig weitergeprüft, insbesondere was die dauerhafte Verfügbarmachung der Streams über den städtischen Youtube-Kanal angeht.

Zur technischen Umsetzung steht Amt 13 im ständigen Austausch mit dem Amt für Gebäudemanagement.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt (zur Konzepterstellung)
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

- 1.) Solange auf Grund der Corona-Pandemie die Zahl der Besucher*innen bei Stadtratssitzungen beschränkt ist, werden die vollständigen Stadtratssitzungen weiterhin im städtischen Livestream gezeigt.
- 2.) Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept, wie aus dem Ratssaal künftig Diskussionen aus den Ausschüssen und dem Stadtrat zu großen Themen sowie wichtige Veranstaltungen aus dem Ratssaal live gestreamt werden können.
- 3.) Die benötigten Personalressourcen in der Pressestelle zur Begleitung der Streams werden geschaffen. Ein entsprechender Stellenplanantrag wird für den Haushalt 2023 gestellt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 13

13-3/062/2022

Informationsveranstaltungen zum geschlechtergerechten Haushalt und zu geschlechtersensibler Stadtplanung, Antrags-Nr. 065/2021

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Eine gleichstellungsorientierte Steuerung des Haushalts setzt einen umfassenden Analyseprozess mit der Prüfung aller Produkte im Haushalt der Stadt Erlangen auf Genderrelevanz voraus. Mögliche weitere Umsetzungsschritte wie die Eruiierung von zentralen Gender-Kennzahlen und von Leistungszielen sind erst in der Folge zu entwickeln. Die Stadt Erlangen steht hier noch am Anfang. Der Vortrag zum Thema soll daher anhand des Beispiels einer anderen Stadt Ansätze vorstellen, wie eine mögliche Umsetzung von Gender Budgeting in Erlangen aussehen könnte. Ziel ist es, einen internen Diskussionsprozess anzustoßen.

In Bezug auf eine geschlechter- und diversitätssensible Stadtplanung werden bei der Stadt Erlangen bereits viele wichtige Elemente umgesetzt. Im Austausch mit einer anderen Stadt, die ebenfalls eine gendersensible Stadtplanung praktiziert, soll der tatsächliche Status Quo ermittelt und anhand der Maßnahmen, die diese Stadt umsetzt, weitere Entwicklungspotentiale eruiert werden. Der Austausch soll beiden Städten Anregungen und neue Ideen zum Thema bieten, so dass beide Städte in die Lage versetzt werden, ihr Konzept einer gendersensiblen Stadtplanung zu überprüfen, auszuweiten und somit zu verbessern.

Insgesamt werden durch die Setzung der beiden Themen und die grundlegende Informationsaufbereitung dazu die strukturelle Umsetzung der Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung von Menschen aller Geschlechter vorangebracht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Gleichstellungsstelle führt zwei Informationsveranstaltungen durch, die vorstellen, wie zum einen das Thema gendergerechter Haushalt und zum anderen das Thema gendersensible Stadtplanung gut umgesetzt werden können. Es wird jeweils eine Person aus einer anderen Stadt, die als Vorbild dienen kann, sprechen und über dortige Ansätze, Vorgehen und Erfahrungen berichten.

Die Veranstaltung zum Thema genderorientierte Haushaltsführung soll primär eine Informationsveranstaltung sein. Da die Umsetzung von Gender-Budgeting einen sehr umfassenden und diffizilen Prozess impliziert, der bisher bei der Stadt Erlangen nicht angestoßen wurde, ist es bezüglich dieses sehr speziellen Themas sinnvoll, die Zielgruppe auf die Mitglieder des Stadtrates und die Beschäftigten der Stadtverwaltung zu fokussieren. Nur so ist es möglich, das Thema fachlich fundiert aufzubereiten und zu präsentieren. Der Stadt Erlangen wird damit die Möglichkeit gegeben, die zentralen Punkte in den Blick zu nehmen, die für weitere Überlegungen zur Umsetzung in Erlangen notwendig sind. Als Veranstaltungsformat bietet sich ein Vortrag mit anschließender Diskussion an. Da in Bayern bisher lediglich die Stadt München Gender Budgeting konsequent umsetzt, der Prozess in München jedoch aufgrund der Größe der Stadt schwer auf Erlangen übertragbar ist, soll nach Rücksprache mit der Stadtkämmerei als Best-Practice-Beispiel ein*e Vertreter*in einer Stadt ähnlicher Größe wie Erlangen aus einem anderen Bundesland eingeladen werden, vorzugsweise einem Bundesland mit einem vergleichbaren Haushaltsrecht.

Viele Aspekte einer gender- und diversitätssensiblen Stadtplanung werden bei der Stadt Erlangen bereits berücksichtigt. Deshalb soll die Veranstaltung zum Thema als eine Art öffentliches Gespräch gestaltet sein zwischen eine*r Mitarbeiter*in im Amt für Stadtplanung und Mobilität der Stadt Erlangen und eine*r Mitarbeiter*in einer anderen Kommune, die in zentralen Punkten wie Größe und Struktur Ähnlichkeiten mit Erlangen aufweist und die ebenfalls bereits viele Elemente einer gendersensiblen Stadtplanung umsetzt. Hierdurch soll ein Austausch entstehen, der es beiden Städten ermöglicht, ihre Konzepte von einer auf Gender und Vielfalt ausgerichteten Stadtplanung auf den Prüfstand zu stellen und anschließend ggf. zu schärfen. Zielgruppe der Veranstaltung sollen Mitarbeiter*innen im Bereich Planen und Bauen tätiger Dienststellen, die Mitglieder des Stadtrates, interessierte Bürger*innen und die Presse sein.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Gleichstellungsstelle lädt eine*n Vertreter*in einer anderen Stadt, die Gender Budgeting bereits praktiziert, zum Vortrag nach Erlangen ein und organisiert die Vortragsveranstaltung. Wenn möglich, soll die Stadt eine ähnliche Größe wie Erlangen besitzen und einem dem bayerischen vergleichbaren Haushaltsrecht unterliegen.

Zudem organisiert die Gleichstellungsstelle die Veranstaltung zum Thema gendersensible Stadtplanung. Die Einladung der Person aus einer anderen, mit Erlangen in vielen Aspekten vergleichbaren Kommune, die innovative Konzepte zu einer gender- und diversitätssensiblen Stadtplanung umsetzt, erfolgt gemeinsam mit dem Amt für Stadtplanung und Mobilität. Letzteres wird zudem die inhaltliche Vorbereitung der Veranstaltung übernehmen, die einen fruchtbaren Austausch beider Städte ermöglichen soll.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Gleichstellungsstelle fördert die beiden Gleichstellungsthemen gendergerechter Haushalt (Gender Budgeting) und gendersensible Stadtplanung. Hierfür organisiert sie zwei Veranstaltungen, die über zentrale Inhalte der Themen informieren und deren Inhalt an die Anforderungen an einen möglichen weiteren Umsetzungsprozess angepasst sind. Zur Präsentation der Inhalte der Veranstaltungen sollen jeweils Expert*innen aus einer anderen

Stadtverwaltung eingeladen werden, in der das jeweilige Thema bereits selbstverständliche Praxis ist und deren Umsetzung als Best-Practice für die Stadt Erlangen dienen kann.

Beide Veranstaltungen sollen im Herbst 2022 stattfinden.

Der Antrag 065/2021 der SPD-Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 14

37/024/2022

Notfallbroschüre: Was tun im Falle eines Brownouts/Blackouts? - Antrag der AfD-Stadträte vom 15.02.2022

Sachbericht:

Sachbericht:

Die Energieversorgung hat als kritische Infrastruktur eine wichtige Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen. Ein größerer Ausfall hätte erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit und weitere schwerwiegende Auswirkungen zur Folge. Die Stromversorgung in Erlangen kann grundsätzlich als sicher angesehen werden. Ausfallzeiten sind in nur sehr geringem Umfang vorhanden. Dennoch kann es aufgrund verschiedener Ursachen zu einem sogenannten „Blackout“ kommen. Die Zusammenarbeit des Katastrophenschutzbereiches mit den Erlanger Stadtwerken zu diesem sensiblen Thema ist sehr gut. Vor bereits fünf Jahren wurde eine gemeinsame umfangreiche Katastrophenschutzübung mit der Thematik „Blackout“ durchgeführt. Die Krisenstäbe von Stadt und ESTW haben eine größere Schadenslage im Stadtgebiet geprobt. Die jeweiligen Strukturen und Ansprechpartner sind bekannt. Im Ernstfall dürfte das Zusammenwirken von Stadt und örtlichem Energieversorgungsunternehmen reibungslos ablaufen.

Ein längerfristiger und großflächiger Stromausfall würde aber natürlich auch in Erlangen zu verschiedensten Problemen führen, die in einer Stadtratsvorlage vom 11.04.2019 beschrieben wurden.

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Szenario eines länger andauernden, großflächigen Stromausfalls. In Sachen Treibstoffversorgung wurde zum Beispiel die Tankstelle am Bauhof notstromversorgt, so dass Einsatzfahrzeuge dort auch im Falle eines Stromausfalls kurzfristig betankt werden können. Mit zwei weiteren privaten Tankstellenbetreibern laufen derzeit Verhandlungen über die Zusatzausrüstung ihrer Stationen.

Zwischenzeitlich wurden seitens Amt 37 auch weitere Notstromaggregate beschafft, die je nach Notwendigkeit eingesetzt werden können. Neben diesen zur Verfügung stehenden leistungsfähigen mobilen Notstromaggregaten soll bei Amt 37 darüber hinaus in den nächsten Jahren für die Stadt Erlangen ein Anhänger oder ein Abrollbehälter mit einer Netzersatzanlage (200 kVA) beschafft werden.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist die Bildung sogenannter Katastrophenschutz-Leuchttürme. Diese sollen im Falle eines Stromausfalls Anlaufstellen für die Bürgerschaft im gesamten Stadtgebiet sein. Dort können Notrufe abgesetzt und Informationen abgeholt werden. Voraussetzung ist, dass diese (im Regelfall öffentlichen) Gebäude stromtechnisch abgesichert sind. Das Bestreben ist es deshalb seit einigen Jahren, verschiedene Einrichtungen baulich mit Notstromaggregaten zu versehen. In intensiver und sehr zielführender Abstimmung mit dem Amt für Gebäudemanagement konnten hier einige Projekte auf den Weg gebracht werden. Das Bürger- und Feuerwehrgerätehaus Kriegenbrunn mit Einspeisungsmöglichkeit wurde im Jahr 2020 fertiggestellt. Weitere öffentliche Einrichtungen, wie das Feuerwehrgerätehaus in Dechsendorf, das Bürger- und Feuerwehrgerätehaus in Eltersdorf, das Stadtteilzentrum in Büchenbach und die Vierfachsporthalle im zukünftigen Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum in der Hartmannstraße, werden für die zukünftige Nutzung alle als sogenannte Leuchttürme, also als Anlaufstellen für die Bürgerschaft technisch ertüchtigt.

Eine wie im Antrag gewünschte Broschüre wird zum jetzigen Zeitpunkt als noch nicht sinnvoll erachtet, kann aber nach Fertigstellung der angeführten Leuchtturmprojekte eine Möglichkeit sein, die Bevölkerung zu informieren. Bis dahin stehen verschiedene Publikationen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, auch im Zusammenhang mit der Vorratshaltung von Nahrungsmitteln, zum Download zur Verfügung. Die Heftung „Katastrophenalarm – Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“, in dem auch das Thema Vorbereitung auf einen längeren Stromausfall thematisiert wird, wird zusätzlich am Info-Tresen des Rathauses ausgelegt.

Ergebnis/Beschluss:

,Der Sachbericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Der Antrag 029/2022 der AfD-Stadträte vom 15.02.2022 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 15

BTM/048/2022

**IGZ Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH:
Gesellschafterversammlung am 12.05.2022**

Sachbericht:

Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung der IGZ GmbH abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Stadtrats der Zustimmung des zuständigen Ausschusses.

Da die Beschlussvorlage aus Zeitgründen nicht im Vorfeld der Gesellschafterversammlung am 12.05.2022 in den HFGA eingebracht werden konnte und die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung abgewartet werden sollte, wird um nachträgliche Zustimmung zur unter Zustimmungsvorbehalt erfolgten Stimmabgabe der Erlanger Vertretung gebeten.

Um zu verhindern, dass das nachträgliche Votum des Ausschusses keine Wirkung entfaltet, hat das Beteiligungsmanagement gemäß dem Vorschlag im Revisionsausschuss am 16.03.2022 den Mitgesellchaftern das Anliegen vorgetragen, dass die Beschlussfassungen der Gesellchafterversammlung künftig erst wirksam werden sollen, wenn sämtliche erforderlichen Stadtrats- bzw. Ausschusszustimmungen vorliegen. Bei einer Verweigerung der Zustimmung wären die Gesellchafterversammlungsbeschlüsse in Kenntnis der jeweiligen Stadtratsvoten neu zu fassen. Eine Entscheidung dazu steht noch aus, da zunächst noch Rechtsfragen zu klären sind.

Zu 1.-2.: Wiederbestellung Geschäftsführung und Geschäftsbesorgungsvertrag

Mit Gesellchafterbeschlüssen vom 26.03.2020 und 28.04.2021 war Herr Matthias Hiegl als Nachfolger von Frau Sonja Rudolph zunächst für den Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 30.06.2021, dann vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2022 zum Geschäftsführer der IGZ GmbH bestellt worden. Die Gesellchaftervertreter haben sich darauf verständigt, ihn für den Zeitraum 01.07.2022 bis 30.06.2024 erneut zum Geschäftsführer zu bestellen. Der Geschäftsführer-Dienstvertrag, der Rechte und Pflichten der Geschäftsführung regelt, aber keinen gesonderten Vergütungsanspruch beinhaltet, soll analog zur vorherigen Bestellung vereinbart werden.

Mit der Geschäftsbesorgung soll – analog zur Vertragsgestaltung bei der MVC GmbH – wieder die Firma tec-generation GmbH beauftragt werden, deren Alleingesellchafter Herr Hiegl ist. Herr Hiegl hat hierfür ein neues Angebot zu im Wesentlichen unveränderten Konditionen vorgelegt (zum ursprünglichen Angebot siehe nicht-öffentliche MzK vom 04.12.2019). Neben dem laufenden Betrieb des Gründerzentrums, dem Management der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen, dem Netzwerkausbau und der laufenden Projektarbeit soll in dieser Zeit eine Entscheidungsvorlage für die Stadtratsgremien zur strategischen Neuausrichtung der IGZ GmbH fertiggestellt werden.

Zu 3.-5.: Jahresabschluss 2021, Gewinnverwendung, Entlastung der Geschäftsführung

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2021 wurde zum vierten Mal von Herrn Wirtschaftsprüfer Christian Kachelmann, Kanzlei Fischer & Partner GbR, Fürth durchgeführt. Gemäß Art. 94 der Bayerischen Gemeindeordnung wurde der Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft; der Prüfungsauftrag umfasste auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt. Nach Auskunft des Wirtschaftsprüfers wird ein **uneingeschränkter Bestätigungsvermerk** erteilt.

Bei einer Bilanzsumme von 1.495 T€ (plus 32 T€ im Vergleich zum Vorjahr) ist die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag mit 92,1 % (Vj.: 93,6%) weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Es wurden im Jahr 2021 Investitionen in Höhe von 15 T€ getätigt. Sie betreffen v.a. Anzahlungen für eine E-Ladesäule und für eine neue Website. Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.12.2021 auf 1.397 T€ (plus 48 T€ im Vergleich zum Vorjahr). Damit sind die Vermögens- und die Finanzlage der Gesellschaft nach wie vor ausgezeichnet. Anstehende Investitionen sowie die Instandhaltungen können weiterhin aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Das Jahresergebnis fiel mit +7 T€ knapp positiv aus (Vj.: 83 T€, Plan -344 T€). Ursächlich für die positive Abweichung zum Plan ist vor allem die weiterhin hohe, über Plan liegende Auslastungsquote von im Durchschnitt 94,3% sowie die Verschiebung von geplanten

Instandhaltungskosten v.a. für Leitungs- und Toilettensanierung ins Folgejahr. Von ca. 400 T€ geplanten Sanierungskosten wurden im Geschäftsjahr 2021 erst 60 T€ aufwandswirksam. Die negative Ergebnisabweichung zum Vorjahr erklärt sich im Wesentlichen durch genau diese Sanierungskosten und einer Steigerung der Instandhaltungskosten für Betriebs- und Geschäftsausstattung um 10 T€.

Der Jahresüberschuss soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Es wird vorgeschlagen, den Geschäftsführer Herr Matthias Hiegl für das Geschäftsjahr 2021 zu entlasten. Im Übrigen wird auf die Anlagen 1 und 2 (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 2021) verwiesen.

Auszüge aus dem Lagebericht

- Das IGZ konnte auch im Jahr 2021 seine Aufgabe als Anlaufstation für junge Unternehmen und in Einzelfällen als Brückenkopf in die Region für bestehenden Unternehmen erfüllen. Mit der Neuansiedlung von 2 Unternehmen wurden Auszüge kompensiert und Umsätze stabilisiert. Bedingt durch die gute Nachfrage wurde der in den vergangenen Jahren angestoßene Prozess zur Verjüngung der Mieterstruktur weiter fortgeführt. Mittelfristig sieht sich das IGZ einer verstärkten Konkurrenz im Immobiliensektor ausgesetzt und wird auf die Angebote im Markt angemessen reagieren.
- Der Geschäftsverlauf im Jahr 2021 war zufriedenstellend. Trotz Coronakrise und den im Markt erkennbaren Unsicherheiten konnten die Mieter des IGZ ihr Geschäft aufrechterhalten und waren in Folge in der Lage, die Mieten ohne Einschränkung zu leisten. Im Jahr 2022 werden nicht aktivierbare Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen das Betriebsergebnis trotz eines hohen Auslastungsstandes und stabiler Kosten aus dem operativen Geschäft negativ ausfallen lassen. Die geplanten Maßnahmen sind durch die Liquiditätsreserven gedeckt.
- Das im Rahmen einer Kooperation gestartete open innovation Format „Transfusion“ konnte im Jahr 2021 erfolgreich etabliert werden und wird den erwirtschafteten Überschuss an die Projektpartner ausschütten und dem IGZ Sondereinnahmen von etwa 10.000 Euro einbringen. Die zunehmende Vernetzung mit weiteren regionalen Partnern zeigt auch bereits bei der Nachfrage Wirkung und gibt Grund zur Hoffnung, dass das IGZ als Projektpartner auch bei Förderprogrammen des Freistaats Bayern aktiv werden kann und über Fördermittel den erhöhten Personalaufwand teilfinanzieren kann.
- Der im Jahr 2020 angestoßenen Strategieprozess zur Entwicklung des IGZ vom reinen Gründerzentrum und Flächenvermieter hin zum aktiven Netzwerkpartner wurde weiterverfolgt. Ab dem Jahr 2022 werden weitere Anstrengungen unternommen, um das IGZ zu einem Netzwerkpartner in der Metropolregion und damit auch den Branchenfokus auf Automation und Robotik weiter auszubauen.
- Neben den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen ist das IGZ in den kommenden Jahren gefordert, den Instandhaltungsstau sukzessive abzubauen. Im Jahr 2022 werden dazu detailliert Maßnahmen beschrieben, die Kosten dargestellt und nach Dringlichkeit sortiert. Hierbei gilt es insbesondere den Brandschutz, die Verkehrswegesicherung, die Elektroinstallation und die Gebrauchstauglichkeit von Fenstern zu bewerten. Die sich abzeichnenden Sanierungskosten von ca. 3 Mio. Euro machen sowohl eine klare Finanzierung wie auch eine durchdachte, bautechnische Strategie notwendig, um im laufenden Betrieb so wenig zusätzliche Baukosten wie nötig und auch so wenig Mietausfall wie möglich zu erzeugen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Zustimmung der städtischen Vertretung zu folgenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung der IGZ GmbH am 12.05.2022 wird nachträglich genehmigt:

1. Herr Matthias Hiegl wird ab 01.07.2022 bis 30.06.2024 erneut zum Geschäftsführer der IGZ GmbH bestellt. Herr Matthias Hiegl erhält Einzelvertretungsbefugnis und wird nicht von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
2. Die tec-generation GmbH wird vom 01.07.2022 bis zum 30.06.2024 gemäß des mit den Gesellschaftern abgestimmten Angebots erneut mit der Geschäftsbesorgung beauftragt. Die Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Nürnberg, Frau Dr. Silvia Kuttruff, wird ermächtigt, die Geschäftsbesorgung formell zu beauftragen und einen Geschäftsführer-Dienstvertrag analog zur vorherigen Bestellung zu unterzeichnen.
3. Der von der Kanzlei SMDM Steinacker Müller Dehner Meichelbeck Partnerschaft mbB aufgestellte und von Herrn Wirtschaftsprüfer Christian Kachelmann, Fischer & Partner GbR, geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2021, der mit einer Bilanzsumme von 1.495.247,75 € und einem Jahresüberschuss von 7.440,58 € schließt, wird festgestellt.
4. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Der Geschäftsführer Herr Matthias Hiegl wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 16**20/030/2022****Budgetergebnisse 2021; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2021****Sachbericht:****1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Haushaltsjahr 2021 haben 28 Fachämter (ohne GME) ein **bereinigtes Gesamtbudgetergebnis von 3.469.060,08 EUR (Vj. 8,489 Mio. €)** erwirtschaftet.

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2021 wurde vom Stadtrat für die Fachämter ein **Sachmittelzuschussbudget** von insgesamt -36.846.100,- EUR (2020: -35.331.200,- EUR) beschlossen.

	Erträge in EUR	Aufwendungen in EUR	Zuschussbedarf (-) in EUR
Sachmittelbudgets 2021 -ohne GME-	123.846.000	160.689.100	-36.846.100
davon entfallen auf			
Amt 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)	18.044.200	23.123.500	-5.079.300
Amt 51 (Stadtjugendamt)	32.192.100	54.639.500	-22.447.400
Amt 55 (Jobcenter)	34.126.700	37.170.500	-3.043.800

Im Lauf des Haushaltsjahres 2021 erfuhr dieses Sachmittelzuschussbudget durch Mittelnachbewilligungen und das Einbuchen der Personalkostendefizite sowie durch aus dem Vorjahr übertragene Haushaltsermächtigungen eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um saldiert

-3.461.168,13 EUR auf -40.307.268,13 EUR.

Die Fachamtsbudgets haben, wie der tabellarischen Übersicht „Budgetabrechnung 2021 - Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR-“ in Anlage 1a zu entnehmen ist, mit einem positiven Sachmittelbudgetergebnis **in Höhe von 2.403.563,98 EUR (VJ. 6,472 Mio. €)** abgeschlossen. Nach Durchführung einvernehmlicher Bereinigungen von saldiert 1.065.496,10 EUR zu Lasten des städtischen Haushalts (Vj. 2,017 Mio. € zu Lasten des städtischen Haushaltes) errechnet sich ein **positives bereinigtes Gesamtbudgetbudgetergebnis 2021 der Fachämter von 3.469.060,08 EUR**. Details zu den einzelnen Bereinigungen sind in den „Erläuterungen zu den Bereinigungen“ in „Anlage 3 Bereinigungen 2021“ nachzulesen.

Die **Personalkostenabrechnung 2021** (ohne GME), die vom Personal- und Organisationsamt erstellt wurde (s. hierzu „Anlage 2 Abrechnung Personalaufwendungen 2021“), schloss mit einem **Überschuss von saldiert 1.440.550,33 EUR (Vj. 1.080 TEUR)** ab.

Die Personalkosten wurden halbjährlich vom Personal- und Organisationsamt abgerechnet. Personalkosten-Lastschriften wurden in die Sachmittelbudgets der Fachämter eingebucht und führten somit unmittelbar zu einer Verringerung des verfügbaren Budgetvolumens. Personalkosten-Gutschriften erhöhen die fiktive „Sonderrücklage Budgetergebnis“ des jeweiligen Fachamtes. Personalkosten-Gutschriften verbleiben zu 100 % beim Fachamt, solange ein Anteil von 1,5% an den Gesamtpersonalkosten dieses Amtes nicht überschritten wird. Übersteigende Ergebnisse fließen an den Haushalt zurück.

Personalmittelsparungen ließen sich insbesondere dann erzielen, wenn Planstellen in Folge von Umsetzungen für eine bestimmte Zeit unbesetzt blieben und die erzielten Einsparungen nicht anderweitig verausgabt wurden.

Auf die vielfältigen Gründe für die positiven und negativen Sach- und Personalmittelbudgetergebnisse wurde bzw. wird von den Fachämtern in den Fachausschussvorlagen ausführlich eingegangen.

Die Budgetabrechnung wurde wie folgt vorgenommen:

Budgetabrechnung	
	Sachmittelbudgetergebnis aus nsk
+/-	Bereinigungen
=	Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis
-	abzüglich 70% Rückgabe an den Haushalt laut Budgetierungsregeln
=	Zu übertragendes Gesamtergebnis
-	abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes
=	Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag für HFFPA/Stadtrat

Die vom Stadtrat beschlossenen **Budgetierungsregeln 2021** sehen vor, dass vom Fachamt 70% des bereinigten Gesamtbudgetergebnisses an den Haushalt zurückzugeben sind. **Negative Gesamtbudgetergebnisse sind zu 100% als Verlust vorzutragen.**

In Summe belaufen sich die gesamten Rücklagen der Fachämter, die nach diesen Regeln an den städtischen Haushalt zurückgegeben werden, auf **3.040.364,93 EUR (Vj. 6,098 Mio. €)**, wie der Übersicht „Übertragungsvorschlag/Vorschlag Verlustvortrag in EUR“ in Anlage 1b zu entnehmen ist. Von der Gesamteinsparung entfallen allein 1.955.709,04 EUR auf Schulverwaltungsamt, Sozialamt und Jobcenter.

Durch den Verzicht der Ämter 11, 14, 30, 40, 41, 42, 43, 50, 55 und 66 auf den Übertrag ihres positiven Ergebnisses ist ein weiterer Betrag von **1.321.335,38 EUR** an den städtischen Haushalt zurückgeflossen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Ämtern, die mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen haben, entsprechend dem „Verwaltungsvorschlag Übertragung“ der

beiliegenden „Anlage 1b Budgetabrechnung 2021 Übertrag“ **insgesamt 394.218,76 EUR (Vj. 495 T€)** zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag wird im Rahmen der Jahresrechnung nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Sonderrechnung Budgetergebnisse (Budgetrücklage) zugeführt.

Bei den Ämtern, die im Kalenderjahr 2021 mit einem negativen Budgetergebnis abgeschlossen haben, ist **in Anwendung der vom Stadtrat beschlossenen Budgetierungsregeln der Verlust in voller Höhe vorzutragen**, soweit er nicht durch eine Entnahme aus der Sonderrechnung Budgetergebnis des jeweiligen Amtes ausgeglichen werden kann. Zu diesem Zweck sollen Beträge von insgesamt 887.301,84 EUR (Vj. 318 T€) aus den Budgetrücklagen der Fachämter entnommen werden. Der Vortrag eines negativen Budgetergebnisses (Verlustvortrag) in das Haushaltsjahr 2022 kann damit bei 7 von 10 Ämtern vermieden werden. Lediglich bei den Ämtern 33 (-108.018,01 EUR), 52 (-3.919,16 EUR) und 61 (-287.619,98 EUR) verbleibt ein Verlustvortrag in der angegebenen Höhe. Der Verlustvortrag bei Amt 61 resultiert vor allem aus der Übertragung von Haushaltsermächtigungen von insgesamt 245.000 EUR, die im laufenden Haushaltsjahr wieder zur Verfügung stehen.

Die **Sonderrücklage Budgetergebnisse** (s. dazu auch Anlage 4) entwickelt sich wie folgt:

	2021 in EUR	2020 in EUR
Stand: 01.01.	2.629.451,70	2.349.803,54
Entnahmen aufgrund Verwendungsbeschluss	-920.909,24	-713.757,00
Entnahmen -unterjährig- zur Deckung von Personalkosten		
Entnahme aufgrund Personalkostenerstattung	-39.683,01	-95.315,27
Entnahmen im Rahmen der Einigungsgespräche zum HH		-39.000,00
Zweckgebundene Entnahme		
Zuführung aus Personalkostenabrechnung	1.575.786,75	1.258.218,84
Stand: 31.12.	3.244.646,20	2.759.950,11
Buchungen nach Budgetbeschluss:		
Entnahmen infolge freiwilliger Rückgabe	-407.493,58	-307.145,22
Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse	-887.301,84	-317.889,98
Zuführung Budgetergebnisse	394.218,76	494.536,79
Stand: nach Budgetabrechnung	2.344.069,54	2.629.451,70

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Über die Verwendung der Budgetüberträge 2021 und der Restmittel in den Budgetrücklagen der Fachämter wurde/wird in den jeweils zuständigen Fachausschüssen -vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Übertragung der Budgetergebnisse- umfassend Beschluss gefasst.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Im Rahmen der Jahresrechnung 2021 wird der Sonderrechnung Budgetergebnisse - vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Stadtrat- eine Übertragungssumme von 394.218,76 EUR zugeführt und ein Betrag i. H. v. insgesamt 1.294.795,42 EUR entnommen, davon 887.301,84 EUR zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse sowie 407.493,58 EUR im Wege der freiwilligen Rückgabe.

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Budgetergebnisse der Ämter werden zur Kenntnis genommen.
2. Den von den Fachausschüssen begutachteten **positiven** Budgetüberträgen gemäß Anlage 1b wird zugestimmt.
3. Der Bereitstellung des Gesamtübertrages in Höhe von 394.218,76 EUR gemäß Anlage 1 b wird zugestimmt.
4. Der Bereinigung der Sachmittelbudgetergebnisse zu Lasten des Haushalts um saldiert 1.065.496,10 EUR gemäß den Anlagen 1a und 3 wird zugestimmt.
5. Der freiwilligen Rückgabe von Ergebnissen im Volumen von 1.321.335,38 EUR sowie von Teilbeträgen aus den Budgetrücklagen der Ämter 11, 13, 14, 17, 20, 37, 40, 42, 43 und 55 an den städtischen Haushalt im Gesamtvolumen von 407.493,58 EUR gemäß Anlage 1b wird zugestimmt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17

241/021/2022

Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2021 des GME (Amt 24)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Finanzierung der Prämien für Energiesparmodelle
- Ausgleich des Defizites des GME in Höhe von 1.059.173,63 €

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudget 2021 des GME beträgt -1.059.173,63 €.

Vorjahre:

2020	- 981.825,72 €	2017	+ 446.540,10 €
2019	+ 1.347.127,16 €	2016	- 2.808.527,77 €
2018	+ 1.647.664,19 €	2015	+ 23.988,72 €

2.2 Das bereinigte Gesamtergebnis in Höhe von -1.059.173,63 € ist der Budgetabrechnung der Kämmerei in der Anlage zu entnehmen.

2.3 Folgender Ausgleich des Budgetergebnisses ist geplant:

Das GME benötigt zum Ausgleich des Defizites aus 2021 einschließlich der Energieeinsparprämien in Höhe von 32.813,00 € insgesamt 1.091.986,63 €.

Maßnahme	Betrag
Energieeinsparprämie Amt 37	1.645 €
Energieeinsparprämie Amt 40	28.017 €
Energieeinsparprämie Amt 51	1.478 €
Energieeinsparprämie Amt 52	1.673 €
Ausgleich des Defizites aus dem Jahr 2021	1.059.173,63 €
Summe Mittelbedarf	1.091.986,63 €

Zum Ausgleich sind 1.091.986,63 € als Verlustvortrag in das Budget des GME im Haushaltsjahr 2022 zu übertragen.

2.4 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 24
- entfällt aufgrund der Sonderregelung für das GME -

3. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Protokollvermerk:

Herr StR Jarosch stellt folgenden Änderungsantrag:

„Das Sachkostenbudget soll komplett ausgeglichen werden, hilfsweise sollen 50 Prozent ausgeglichen werden.“

Beschluss des Gremiums: beide Anträge werden mit 5 gegen 8 Stimmen **abgelehnt**

Ergebnis/Beschluss:

Das negative bereinigte Sachkostenbudgetergebnis des GME von 1.059.173,63 € und die Ausschüttung der Energieeinsparprämien sind in Höhe von insgesamt 1.091.986,63 € als Verlustvortrag in das Haushaltsjahr 2022 zu übertragen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen
mit 12 gegen 1

TOP 18

34/012/2022

Überprüfung, Reparatur bzw. Erneuerung der Beschallungsanlagen der städtischen Friedhöfe - Antrag Nr. 115/2022 der Freien Wähler

Sachbericht:

Zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufes von Trauerfeiern in den städtischen Aussegnungshallen ist eine Übertragung der Tontechnik in den Außenbereich erforderlich, insbesondere bei den kleineren Friedhöfen mit begrenztem Platz in den Hallen.

Die Friedhofsverwaltung hatte deshalb bereits seit längerem mit der Überprüfung der Anlagen begonnen sowie deren sukzessive Erneuerung geplant.

Hierbei wurde mit den stark frequentierten Friedhöfen (Zentralfriedhof, Büchenbach und Westfriedhof) bereits Anfang dieses Jahres begonnen.

Eine Überprüfung der weiteren Friedhöfe anlässlich einer Ortsbegehung mit einer Fachfirma Anfang Mai hat ergeben, dass eine Neuausstattung notwendig ist, um die Aussegnungshallen auf den aktuellen technischen Stand zu bringen, eine Aufrüstung allein wäre nicht wirtschaftlich.

Aus diesem Grund wurde die Firma im Anschluss an die Begehung noch im Mai mit der Neuausstattung der Friedhöfe Bruck, Eltersdorf und Kriegenbrunn beauftragt.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 115/2022 vom 01.06.2022 der Freien Wähler ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 19

112/064/2022

**Antrag Nr. 076/2022 der Klimaliste:
Bericht zu Homeoffice und Shared-Desk-Konzept in der Stadtverwaltung**

Sachbericht:

Zu 1.: Wie viele Mitarbeiter*innen konnten während der Pandemie von zu Hause aus arbeiten?

Zum Stichtag 31.12.2021 waren 1365 Soft- und Hardwaretoken an Beschäftigte ausgegeben, um den Fernzugriff auf die dienstlichen Daten von zuhause aus zu eröffnen. Diese Zahl hat sich zum Stichtag 05.05.2022 nochmals auf 1483 Token erhöht.

Zu 2.: Ist es angedacht, Mitarbeiter*innen auch nach der Pandemie zu ermöglichen, von zu Hause aus zu arbeiten?

Telearbeit wird bei der Stadt Erlangen bereits seit Anfang des Jahres 2000 angeboten. Grundlage ist die Dienstvereinbarung Telearbeit, die zuletzt mit Wirkung zum 20.12.2017 angepasst und vereinfacht wurde, um diese Arbeitsform weiter auszubauen und zu fördern.

Soweit es die dienstlichen Aufgaben zulassen, wird Telearbeit den Beschäftigten auch weiterhin -unabhängig von der Pandemie- ermöglicht und soll noch weiter ausgebaut werden.

Zu 3.: Gibt es bereits in der Verwaltung Schreibtische, die von mehreren Personen im Wechsel genutzt werden? (Shared desk-Konzept)

Derzeit stellt die Stadt Erlangen noch nahezu allen Beschäftigten jeweils einen eigenen Arbeitsplatz zur Verfügung. Ausgenommen ist lediglich der Back-Office-Bereich in Abt. 331 des Bürgeramtes.

Alternative Büroformen werden derzeit von Amt 24 als Multi-Space-Flächen erprobt. Jedoch ist auch hier sichergestellt, dass jede(r) – wenn er/sie es braucht - an einem (nicht seinem/ihren) „echten“, den Normen entsprechenden und IT-technisch vollausgestatteten Arbeitsplatz (ohne Laptop) arbeiten kann. Die Arbeitsplätze sind jedoch nicht fix zugewiesen, sondern befinden sich im gesamten Multi-Space-Bereich, sowohl an den 4er-Arbeitsgruppen, als auch in den kleineren abgeschlossenen Rückzugsbereichen („cubes“).

4. Inwieweit wäre es denkbar, ein Shared desk-Konzept langfristig für mehrere Arbeitsplätze zu etablieren?

Mit der Frage beschäftigen sich derzeit die Ämter 11, 17 und 24 gemeinsam, um nötige Rahmenbedingungen (technische Ausstattung, Anzahl und Größe der unterschiedlich genutzten Büroflächen, Anteil und Lage der Einbringung der Arbeitszeit im Büro bzw. zuhause, ggf. mit Buchungssystem) zu prüfen.

Entscheidende Kriterien sind dabei das Prinzip der Freiwilligkeit zur Nutzung von Telearbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und das hohe Maß an Selbstbestimmung bei der Einbringung der Arbeitszeit. An Letzterem wird derzeit im Sinne von Arbeitszeitflexibilisierung zur Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität von Seiten Abt. 112 mit den Fachbereichen und dem Personalrat gearbeitet.

Shared desk bedingt darüber hinaus die weitgehende papierlose Bearbeitung von Vorgängen bzw. eine clean-desk Vorgabe. Die Stadtverwaltung befindet sich hier in einer Übergangsphase (Beispiel: Prozess elektronischer Rechnungsworkflow). Wann und ob diese

abgeschlossen werden kann, ist dabei auch von gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig, die zum Teil außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Stadt Erlangen liegen.

Grundsätzlich gilt es jedoch zu beachten, dass ein Verwaltungsarbeitsplatz nicht allein den Ort am (eigenen) Schreibtisch umfasst. Ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld geht darüber hinaus. Hierbei sind möglichst Raumlösungen incl. deren Möblierung bereitzustellen, die den Prozessen und Anforderungen der Organisationseinheiten entsprechen und bei Bedarf auch leicht angepasst und geändert werden können. Das Gesamtflächenangebot pro Person bleibt konstant, gleich welches Bürokonzept gelebt wird. Bei einem sharing-Konzept sind im Gegenzug zur Mehrfachbelegung zusätzliche Arbeitsgelegenheiten (Besprechungsmöglichkeiten, Versorgungsbereiche, Kommunikationszonen etc.) anzubieten, um den formellen und informellen Austausch der Mitarbeitenden zu fördern. Aufenthaltsqualität gewinnt an Bedeutung.

Ein Zwang zur Mehrfachbelegung ohne ergänzende Flächenangebote liefe der angestrebten Selbstbestimmung zur Einbringung der Arbeitsleistung zuwider und würde somit die Attraktivität der Stadt Erlangen als Arbeitgeberin auf dem aktuell angespannten Fachkräftemarkt reduzieren.

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird aufgrund der Anregung von Herrn StR Hornschild vertagt.

Abstimmung:

vertagt

TOP 20

113/049/2022

Personalbericht 2021

Sachbericht:

Im Personalbericht stellt das Personal- und Organisationsamt Personalkennzahlen sowie Schwerpunktthemen des abgelaufenen Kalenderjahres dar.

Im Sinne des Klimaschutzes wird der Personalbericht ausschließlich in digitaler Form im Ratsinformationssystem und nach Beschlussfassung im Mitarbeiterportal bereitgestellt. Er kann auch als pdf-Datei beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung und -Controlling, unter der E-Mail-Adresse poa@stadt.erlangen.de oder telefonisch unter Telefon-Nr. 09131/86-1590, angefordert werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Personalbericht 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 21

113/051/2022

Zweckvereinbarung mit der Stadt Weiden über die Funktionsübertragung zur Festsetzung von Beihilfen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das interkommunale BeihilfeCenter Erlangen setzt für die Gründungsstädte Nürnberg und Erlangen sowie für mehrere Gebietskörperschaften und zahlreiche Kommunalunternehmen Beihilfen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen nach den bayerischen Beihilfavorschriften fest. Für diese Dienstleistung verrechnet das BeihilfeCenter aufwandsgerecht Verwaltungskosten.

Die dazu mit den Mandantinnen und Mandanten seit vielen Jahren bestehenden Vereinbarungen sollen an die neuen umsatzsteuerrechtlichen Rahmenbedingungen angepasst und im Hinblick auf die sich stetig fortentwickelnden technischen Verfahrensabläufe flexibilisiert werden.

Entsprechende Zweckvereinbarungen wurden deshalb bereits mit der Stadt Ansbach, dem Landkreis Erlangen-Höchstädt, dem Landkreis Kelheim und dem Landkreis Nürnberger Land geschlossen (siehe Beschluss des Stadtrates Erlangen vom 31.03.2022, Vorlagennummer 113/046/2022). Nun soll auch die bestehende Vereinbarung mit der Stadt Weiden durch eine Zweckvereinbarung nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) ersetzt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Umsatzsteuerrecht

Bei der Abrechnung von Beihilfen handelt es sich grundsätzlich um eine unternehmerische Tätigkeit i. S. d. § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG). Erbrachte Leistungen sind deshalb nach Ablauf der Übergangsfrist zum neu eingeführten § 2 b UStG ab 01.01.2023 gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG steuerbar und mit 19% zu versteuern.

Bei der Abrechnung von Beihilfen für andere Gebietskörperschaften (juristische Personen des öffentlichen Rechts) kann eine Steuerbefreiung nach § 2 b Abs. 3 UStG in Betracht kommen. Voraussetzung ist, dass die Stadt Erlangen auf Grundlage einer langfristigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gebietskörperschaft alle mit der Gewährung von Beihilfen zusammenhängenden Aufgaben und Befugnisse (Ermittlung, Festsetzung, Auszahlung an Beihilfeberechtigte, Passivlegitimation) wahrnimmt, also nicht nur eine „Verwaltungshelferin“ ist, die eine verwaltungsunterstützende Hilfstätigkeit erbringt. Die gesamte Aufgabe muss als wirtschaftlich untrennbare Leistung übertragen sein. Eine Wettbewerbsverzerrung liegt dann nicht vor, weil ein privates Unternehmen diese Leistung nicht erbringen kann.

Eine derartige Funktionsübertragung erfordert eine rechtsgültige Zweckvereinbarung gemäß Art. 2 Abs. 1, Art. 7 sowie Art. 8 KommZG, die im Sinne der Fortsetzung der erfolgreichen interkommunalen Zusammenarbeit angestrebt wird.

2.2 Digitalisierung der Beihilfebearbeitung

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 35.000 Beihilfeanträge bearbeitet. Damit ist das BeihilfeCenter bayernweit nach dem Freistaat und der Stadt München die drittgrößte Beihilfestelle.

Das BeihilfeCenter hat das Antragsverfahren für Beihilfen 2021 durch Einführung des elektronischen Inputmanagements und einer Beihilfe-Service-App vollständig digitalisiert. Beide Komponenten wurden erfolgreich für die Städte Erlangen und Nürnberg implementiert und sollen

2022 sukzessive auch auf andere Mandantinnen und Mandanten ausgerollt werden. Weitere Prozessverbesserungen sollen folgen, insbesondere auch die Bescheidzustellung mittels Beihilfe-App.
Die kontinuierliche technische Weiterentwicklung erfordert mehr Flexibilität in den Vereinbarungen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Eine Zweckvereinbarung, durch die eine beteiligte Gebietskörperschaft auch Befugnisse erhält, bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Art. 14 Abs. 2 KommZG).

Die Zweckvereinbarung soll durch eine Verwaltungsvereinbarung ergänzt werden, um aktuell und künftig Verfahrens Anpassungen flexibel vornehmen zu können.

4. Klimaschutz:

Durch die Digitalisierung des Antragsverfahrens wird der Papierverbrauch sowie das Druck- und Versandvolumen deutlich reduziert werden.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Zweckvereinbarung mit der Stadt Weiden über die Funktionsübertragung zur Festsetzung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen (siehe Anlage) soll geschlossen werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zweckvereinbarung nach Abschluss der Regierung von Mittelfranken gemäß Art. 12 Abs. 2 i. V. m. Art. 13 KommZG zur Genehmigung und Veröffentlichung im Amtsblatt vorzulegen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 22

40/119/2022

**Einmalige zusätzliche Mittel für die Beschaffung von IT-Endgeräten mit Zubehör;
Aufhebung der durch den Stadtrat veranlassten Sperr**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Beschaffung von Aufbewahrungsmöbeln mit Aufladefunktion für IT-Endgeräte.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Haushalt 2022 wurde für den Deckungskreis von Amt 40 die Bereitstellung von einmaligen Haushaltsmitteln zur Beschaffung von IT-Endgeräten mit Zubehör für Schulen beschlossen. Die Mittel wurden mit einer Sperr belegt, die Entsperrung soll bei Vorlage eines Umsetzungskonzepts erfolgen.

Die Stadt Erlangen ist hinsichtlich der IT-Ausstattung der Schulen an ihren IT-Dienstleister KommunalBIT gebunden, von dem diese angemietet wird. IT-Endgeräte wie PCs, Notebooks, Tablets werden unbefristet angemietet und unterliegen einem Lifecycle, dies bedeutet nicht einmalige Kosten, die durch die 2022 einmalig zur Verfügung gestellten Mittel gedeckt werden, sondern Folgekosten auch in den Folgejahren.

Eigene Beschaffungen von digitalen Endgeräten erfolgen ausschließlich im Rahmen von Förderprogrammen, in den letzten beiden Jahren insbesondere Schülerleihgeräte in hoher Stückzahl, rd. 1.900 Tablets, so dass dadurch der akute Bedarf an mobilen Endgeräten an den Schulen im Wesentlichen gedeckt ist, darüber hinausgehender Mehrungsbedarf im Rahmen der laufenden jährlichen Ausstattung bewilligt wird.

Dringender Bedarf an Zubehör für IT-Endgeräten besteht an den Schulen hinsichtlich Aufbewahrungsmöbeln mit Ladefunktion, sogenannte Ladekoffer. In diesen „Möbeln“ können IT-Endgeräte aufbewahrt und direkt aufgeladen und auch innerhalb der Schule transportiert werden. Gerade auch die anfangs verliehenen Schülerleihgeräte werden nun zum großen Teil an den Schulen vorgehalten und im Unterricht eingesetzt und bedürfen daher eines geeigneten Aufbewahrungsmöbels mit Ladefunktion. Mit den in 2022 verfügbaren einmaligen Mitteln könnte der große Bedarf an den Schulen zügiger gedeckt werden, als alleine mit den vorhandenen Budgetmitteln und kämen damit den Schulen direkt und kurzfristig zu Gute.

Es wird daher vorgeschlagen, die einmaligen Mittel wie folgt zu verwenden:

Anzahl	Produkt	Stückpreis	Gesamtkosten
3	Ergotron YES35	1.591,00 €	4.773,00 €
7	Parat Paraproject Case i16	1.495,00 €	10.465,00 €
4	Zioxi CHRGT-CB-32	1.475,00 €	5.900,00 €

		Gesamt	21.138,00 €
--	--	--------	-------------

Die drei Modelle an Aufbewahrungsmöbeln unterscheiden sich hinsichtlich der Anzahl und des Typs (iPads oder windows-Geräte) der aufzubewahrenden Geräte (siehe auch Anlage). Der über den einmaligen Haushaltsmittelbetrag von 20.000 € hinausgehende Betrag wird aus dem Deckungskreis von Amt 40 finanziert.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Aufhebung der vom Stadtrat am 13.01.2022 beschlossenen Sperre der einmaligen Mittel in Höhe von 20.000 € bei IP-Nr. 210.354.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:		bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr. 210.354
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Beschaffung von Aufbewahrungsmöbeln mit Aufladefunktion als Zubehör für IT-Endgeräte wird zugestimmt.
2. Die Sperre in Höhe von 20.000 € im Investitionsbudget des Schulverwaltungsamtes unter der IP-Nr. 210.354 wird aufgehoben.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 23

40/120/2022

Aufhebung der Haushaltsmittelsperre für die Pausenhofneugestaltung an der Loschge-Grundschule

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Errichtung eines Spiel- und Klettergerätes im Pausenhof der Loschge-Grundschule.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In den Haushalt 2022 wurden Investitionsmittel in Höhe von 75.000 € für die Pausenhofneugestaltung der Loschge-Grundschule eingestellt, in 2023 sind weitere Mittel in Höhe von 50.000 € eingeplant. Die Haushaltsmittel für 2022 wurden mit einer Sperre versehen, bis feststeht, dass bereits geplante Pausenhofgestaltungen nicht beeinträchtigt werden.

Eine Gesamtplanung für die Neugestaltung des Pausenhofes an der Loschge-Grundschule existiert bisher nicht, die Schule befindet sich nicht unter den ersten fünf priorisierten Grundschulen im vom Bildungsausschuss am 04.05.2017 beschlossenen Pausenhofkonzept.

Am 03.05.2022 wurde in einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Schule, des Horts, der Elternvertretung, des Fördervereins, des Stadtjugendamts und der Abteilung Stadtgrün eine einvernehmliche Grobplanung für die Verwendung der eingeplanten Haushaltsmittel zur Pausenhofgestaltung entwickelt.

In einem ersten Schritt soll in 2022 als priorisierte Maßnahme eine Spiel- und Kletterkombination auf einer Spielfläche von rd. 120 qm erstellt werden. Die Abteilung Stadtgrün erstellt hierzu aktuell eine Vorentwurfs- und Entwurfsplanung.

In 2023 soll dann als weitere Maßnahme die Sanierung des vorhandenen Kletterdrachens erfolgen. Der Förderverein und der Elternbeirat beteiligen sich an den über die Planansätze hinaus gehenden Kosten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Aufhebung der vom Stadtrat am 13.01.2022 bezüglich der im Investitionsbudget von Amt 40 unter der IP-Nr. 2111.451 im Haushaltsjahr 2022 für die Neugestaltung des Pausenhofs an der Loschge-Grundschule in Höhe von 75.000 € eingestellten Haushaltsmittel beschlossenen Sperre.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf lVP-Nr. 2111.451
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird aufgrund der Anregung von Frau StRin Pfister direkt in den kommenden Juni Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 24

242/100/2021/1

**Neubau Technisches Rathaus, Beschluss der Vorentwurfsplanung;
Fraktionsantrag Klimaliste Erlangen 075/2022: "Generalsanierung des
Fridericianums vorziehen";
Änderungsantrag CSU 391/2021: "Planungsmoratorium/veränderte Arbeitswelten"**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Schaffung von bedarfsgerechten Verwaltungsflächen für ca. 346 Mitarbeiter*innen in einem nachhaltigen Neubau an der Gebbertstraße unter Berücksichtigung folgender Ziele:

- Nachhaltigkeit (u.a. CO₂-Neutralität)
- Wirtschaftlichkeit
- Bürgerfreundlichkeit/Kundenorientierung
- Mitarbeiter*innen Partizipation
- Inklusion
- Attraktivität als Arbeitgeber/Personalgewinnung
- Moderne Arbeitsplätze und Bürokonzepte
- Flexibilität
- Bündelung städtischer Fachbereiche
- Gute Verkehrsanbindung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Auf die Beschlüsse im StR vom 17.10.2017 (242/192/2017) und im BWA vom 22.03.2018 (VI/123/2017) mit dem Inhalt der Feststellung des Bedarfs und der Finanzierung über den städtischen Haushalt wird verwiesen.

Der in diesem Antrag zum Beschluss stehende Vorentwurfs-Planungsstand entspricht dem Stand, der auch dem Gutachten zur Alternativenprüfung zum Neubau eines Technischen Rathauses durch den externen Gutachter dchp vom 08.07.2021 zugrunde gelegt wurde.

Der Vorentwurfsplanung wurde ein extern begleitetes Partizipationsverfahren für alle Mitarbeiter*innen des Baureferats unter Beteiligung des Personalrats vorgeschaltet.

Die zu beschließende Maßnahme beinhaltet den Neubau eines 4-geschossigen Verwaltungsgebäudes mit Tiefgarage an der Gebbertstraße, sowie die Sanierung des 2. und 3. Geschosses des Bestandsgebäudes Museumswinkel (Bauteil B) mit den jeweils

dazugehörigen Freianlagen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

3.1 Ergebnisse der Partizipation

Die Verwaltung veranlasste vor Planungsbeginn die Erarbeitung von strategischen Rahmenbedingungen in folgenden Schritten:

- Umfangreiche Mitarbeiter*innen-Partizipation in verschiedenen, auch extern moderierten Workshopformaten zur Klärung von Flächen und Funktionsbedarfen
- Partizipative Erarbeitung sog. „Leitplanken“ als Grundlage für weitere Planungen
- Regelmäßige Workshopformate zur Ableitung der Planungsparameter aus den „Leitplanken“

Folgende strategische Ziele wurden im Wesentlichen erarbeitet:

- Die Stadt als attraktiver Arbeitgeber:
Schaffung einer nachhaltigen, flexiblen und zukunftsfähigen Arbeitsumgebung, insbesondere in den Bereichen Bürger*innenservice, Zusammenarbeit, Kommunikation, Digitalisierung, mobile Arbeitsformen und Identitätsstiftung
- Bedarfsgerechte Arbeitswelten:
Zielgruppenorientierte Arbeitsumgebungen von Einzel- und Doppelbüros bis hin zu tätigkeitsbasierten Multispacebüros in Nutzungseinheiten von ca. 400 m², mit hoher Flexibilität, z.B. der Möglichkeit, Grundrisse jederzeit flexibel umgestalten zu können
- Bürger*innenfreundliche Verwaltung:
Schaffung von niederschweligen Servicebereichen und Flächen für Information und Öffentlichkeitsformaten unabhängig von Büroflächen
- Konzentration von Besprechungs- und Konferenzbereichen
- Leuchtturmprojekt für Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit der baulichen Anlage

Ergänzung 242/100/2021/1

zum Änderungsantrag 076/2022 der CSU vom 30.11.2021:

Der sich bereits vor, aber v.a. im Laufe der Corona-Pandemie abzeichnenden Entwicklung sich verändernder Arbeitswelten und dem damit einhergehenden Ausbau von Telearbeit wurde bereits bei der 2021 vorgelegten Vorentwurfsplanung umfassend Rechnung getragen. Der Bedarfsermittlung ging ein extern unterstütztes und breit aufgestelltes Partizipationsprojekt mit allen für die Belegung des technischen Rathauses vorgesehenen Organisationseinheiten voraus.

Ergebnis dessen war eben genau die vorgeschlagene Grundriss- und Belegungsstruktur, die individuell auf die Abläufe und Bedarfe der Ämter/Abteilungen/Sachgebiete reagiert. Gleichzeitig ermöglichen es die vorgeschlagene Gebäudestruktur und die eingeplanten bauordnungsrechtlichen Bedingungen (z.B. Nutzungseinheiten/Brandschutz) auf in Zukunft sich ändernde Anforderungen leicht reagieren zu können.

Auf eine strikte Vorgabe einer speziellen Bürolandschaft wird bewusst verzichtet, da diese den unterschiedlichen Anforderungen aus den Prozessen der Ämter nicht entspricht. Hierbei ist v.a. entscheidend, ob bzw. in welchem Maß Abläufe zu digitalisieren sind, papierlos gearbeitet werden kann, ob die Arbeit im Team oder eigenständig erledigt wird und wie die Stadt Erlangen grundsätzlich als attraktive Arbeitgeberin auftreten und wirken will.

Die Raum- und Arbeitsplatzkonzepte berücksichtigen daher auch aber nicht ausschließlich eine flexible Belegung, bieten Kommunikationsräume für formelle aber insbesondere auch für informelle Treffen und schaffen Raumangebote, die aktivitätsbasiert genutzt werden können. Dies wird weiter durch die Trennung von front- und back-office-Bereichen unterstützt. Der front-office-Bereich im Erdgeschoss dient der Bürgerberatung in allen Bauangelegenheiten, die

*Abarbeitung der Belange erfolgt im geschützten back-office dahinter und in den Obergeschossen. Ziel der Planung ist es, jede(n) Mitarbeiter*in zu jeder Zeit Flächen zur Verfügung zu stellen, die die beste Arbeitsumgebung bietet und durch die Freiheit des selbstbestimmten Arbeitens für Wohlbefinden am Arbeitsplatz sorgt.*

Im Ergebnis bleibt unabhängig von der gewählten Bürostruktur das Gesamtflächenangebot je Mitarbeitendem gleich: ggfls. werden statt Individualräume zusätzliche Arbeitsgelegenheiten angeboten. Die Aufenthaltsqualität gewinnt an Bedeutung. Sicher gestellt bleibt: Jede(r) kann – wenn er/sie es braucht - an einem (nicht zwingend seinem/ihren) „echten“, den Normen entsprechenden, Arbeitsplatz arbeiten. Eine „sharing-Quote“ bezogen auf die Arbeitsplatzangebote liegt bei der Planung grundsätzlich bei 1,0. Eine andere zwingende Teilungsquote wird seitens der Verwaltung rein aus Gründen der Flächeneinsparung heute als unzweckmäßig bzw. kontraproduktiv (auch Gefahr des Akzeptanzverlusts für neue Arbeitswelten) abgelehnt.

Zu beachten gilt es auch, dass das vorgelegte Gebäudekonzept nur ein Teil einer neuen Arbeitswelt ist. Neben den technisch-räumlichen Belangen sind daher die Quantität und Qualität der IT-Versorgung, aber auch die Frage der Arbeitsweisen und der Führungs- bzw. Organisationskultur entscheidend. Dieser Prozess wird daher von den entsprechenden Ämtern der Stadtverwaltung proaktiv geführt und begleitet. Auf die MzK im HFGA/StR zum Berichts-Antrag der Klimaliste Erlangen Nr. 076/2022 vom 30.03.2022 wird verwiesen.

*Der Raumbedarf nimmt aktuell weiter zu. Die während des Moratoriums ermittelten Arbeitsplatzbedarfe sind im Weiteren zu berücksichtigen. Der Vorentwurf wird daher pauschal mit einer Aufstockungsoption für ein viertes Obergeschoss mit Verwaltungsflächen für bis zu ca. 80 zusätzliche Mitarbeiter*innen ergänzt.*

Ergänzung 242/100/2021/1

zum Fraktionsantrag Klimaliste 075/2022 vom 30.03.2022

Gemäß Beschluss im Bildungsausschuss am 17.02.2022 (Beschlussvorlage 242/101/2021) wurde dem sofortigen Beginn des 1. Sanierungsabschnitts – Chemie-Räume am Gymnasium Fridericianum und damit einer geänderten Maßnahmenfolge zugestimmt. Die VgV-Verfahren zum Start der Generalsanierung sind dann für 2024 vorgesehen.

Der abermalige Tausch einer Maßnahme wird seitens der Verwaltung einerseits als ineffektiv abgelehnt. Andererseits suggeriert die Antragstellung eine Gleichheit des Ressourceneinsatzes bei Projektanbahnung einer Schulbaumaßnahme und der Weiterführung einer laufenden Gebäudeplanung. Dies ist so nicht gegeben. Der Generalsanierung einer Schule ginge ein umfassender Prozess der Bedarfsermittlung und gemeinsamen Erarbeitung der pädagogischen Abläufe und Anforderungen voraus, in dem neben der Bauverwaltung v.a. auch die Schulverwaltung, alle Mitglieder der Schulfamilie und möglichst weitere Fachleute beteiligt sein müssen. Die reine Betrachtung auf die Planungsressourcen des Amtes für Gebäudemanagement greift zu kurz. Diese abstimmungs- und damit personalintensive sog. Leistungsphase 0 (Projektentwicklung) ist bei der Planung des techn. Rathauses bereits abgeschlossen.

*Die Verwaltung plädiert weiter klar dafür, zunächst die Grundlagen einer bedarfsgerechten Unterbringung von Arbeitsplätzen zu forcieren. Auch die Bereitstellung einer anforderungsgerechten, zeitgemäßen Arbeitsumgebung bewirkt, dass die Stadt Erlangen als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird und freie Stellen beim vorherrschenden Fachkräftemangel leichter besetzt werden. Nur mit ausreichenden, gut ausgestatteten, motivierten und engagierten Mitarbeiter*innen werden die anfallenden Planungs- und Bauaufgaben - auch die des Klimaaufbruchs – adäquat und zeitnah erledigt werden können.*

Hierzu besteht eine hohe Erwartungshaltung der Belegschaft an die Entscheidungsträger.

3.2 Vorentwurfskonzept Städtebau

Das Gebäudekonzept sieht zwei kompakte, parallel angeordnete Büroriegel mit dazwischen geschaltetem, mit Glas überdachten Atrium, südlich des heutigen Museumswinkel vor.

Der Gebäudebestand Museumswinkel bleibt dabei unverstellt und ist lediglich über einen 2-geschossigen Steg mit dem Neubau verbunden. Die Gebäudeflucht entlang der Gebbertstraße nimmt Bezug auf die südliche Bebauung und bildet die Verlängerung des Nachbargebäudes.

Die fußläufige Erschließung für Besucher und Mitarbeitende erfolgt über einen gemeinsamen großen Vorplatz im Nordwesten. Dort findet kein PKW-Verkehr statt. Die Zufahrt der Tiefgarage liegt im Süden an der derzeitigen Parkplatzeinfahrt. Weitere dezentrale Nebeneingänge für Mitarbeitende stehen jeweils an den 3 Treppenhäusern und im südlichen Atrium zur Verfügung. Eine ausreichende Anzahl von Fahrradstellplätzen steht im Freibereich um das Gebäude zur Verfügung.

3.3 Vorentwurfskonzept Gebäude

Der 4-geschossige Neubau beinhaltet 13 Nutzungseinheiten für Büro- und Verwaltungstätigkeiten mit bis zu 400 m² BGF, die eine weitgehende flexible Nutzung unter Beachtung von Brandschutzvorschriften ermöglichen. Die Büroflächen können je nach Erfordernis in unterschiedlichen Bürotypologien angeboten werden: Einzel- und Doppelbüros mit konventionellem Flur oder Multifunktionsflur und tätigkeitsbasierte Multispacestrukturen. Die Büroflächen in Nutzungseinheiten sind so flexibel angelegt, dass sie jederzeit ohne großen Aufwand umgebaut werden können. Daneben gibt es ausreichend Flächen und Angebote für den informellen Austausch auch über die Grenzen der eigenen Organisationseinheit oder des eigenen Amtes hinweg.

Im Erdgeschoss ist ein Bürgerberatungszentrum mit Front- und Backoffice-Flächen sowie ein Ausstellungs- und Konferenzbereich vorgesehen. Hier stehen größere Besprechungsräume konzentriert und für alle Nutzer des Gebäudes flexibel nutzbar zur Verfügung. Insgesamt steht damit ein Raumangebot zur Verfügung, das aktuelle Anforderungen bzw. auch spätere Veränderungen der Arbeitswelt z.B. mit längeren Arbeitsphasen außerhalb des eigentlichen Arbeitsplatzes erfüllt.

Ein glasüberdachtes, natürlich belüftetes Atrium mit Verbindungsstegen sowie einer Treppenanlage mit Personenaufzug verbindet die Gebäudetrakte Ost und West. Im Untergeschoss als Vollunterkellerung ist eine Tiefgarage als Großgarage mit Tiefgaragenzufahrt von Süden, Lager- und Archivräume sowie Technikräume untergebracht. Drei notwendige Treppenträume führen vom Kellergeschoss bis zum 3.Obergeschoss bzw. über Dachfläche.

Der Neubau ist im Norden mittels Steg im 2. und 3. Obergeschoss mit dem Bestandsgebäude des Museumswinkels verbunden.

Ergänzung 242/100/2021/1

*Um eine Aufstockungsoption für ein viertes Obergeschoss mit Verwaltungsflächen für ca. 80 zusätzliche Mitarbeiter*innen zu gewährleisten, wird die tragende Konstruktion entsprechend dimensioniert.*

3.4 Energiekonzept und Haustechnik

Die Dachflächen werden mit ca. 520 Photovoltaikerelementen bestückt. Des Weiteren kommen Photovoltaikzellen in den vorgehängten Glasfassaden mit Ost-/Süd- und Westausrichtung sowie in der Verglasung des Atriumdaches zur Ausführung. Mit dieser Maximalausstattung mit PV-Elementen kann der Strombedarf des Gebäudes nahezu vollständig eigenproduziert werden.

Die Grundlastdeckung für Heizung und Temperierung erfolgt über Betonkernaktivierung, die

Spitzenlastdeckung über Heizkörper. Als Kältequelle ist ein hybrides Rückkühlwerk in Kombination mit einer reversiblen Wärmepumpe geplant. Als Heizquelle stehen für die Grundlastdeckung die Wärmepumpe, für die Spitzenlast die Fernwärmeversorgung zur Verfügung.

Die Be- und Entlüftung der WC-Kerne wird mittels dezentraler Kompaktgeräte sichergestellt. Alle anderen Büro- und Konferenzbereiche sowie das Bürgerberatungszentrum wird über MSR-gesteuerte Lüftungsflügel natürlich be- und entlüftet, damit kann auf eine mechanische Lüftung und Klimatisierung der Nutzflächen verzichtet werden.

Das Atrium wird über einen zentral am Treppenkern gelegenen erdgeführten Zuluftkanal mit vortemperierter Außenluft versorgt. Damit werden sommerliche und winterliche Temperaturspitzen abgefangen und die Frischluftqualität im Atrium sichergestellt. Zur Reduzierung der Einleitmengen in das Kanalnetz ist eine Versickerungsanlage für Niederschlagswasser vorgesehen.

3.5 Freiflächen

Die gebäudeumgebenden Freiflächen werden soweit möglich und zulässig, mit versickerungsfähigen Belägen und Grünflächen ausgeführt. Die Zufahrt zur Tiefgarage bzw. zur Anlieferung und zum Müllplatz wird asphaltiert. Die Fassaden der 3 Treppenhäuser sowie Teile des Atriums erhalten Rankgerüste und bodengebundene Begrünungen. Das Flachdach ist extensiv begrünt, auch unter den aufgeständerten Photovoltaik-Elementen. Nistkästen werden für heimische Vogel- und Fledermausarten in die Fassadenkonstruktion integriert.

3.6 Vorgesehener Zeitplan

VgV-Verfahren und Beauftragung Fachplaner	März	2022
Erarbeitung der Entwurfsplanung	September	2022
Baubeginn Neubau	Juli	2023
Baufertigstellung Neubau	Herbst	2025
Baubeginn Altbausanierung- und Umbau	Herbst	2025
Baufertigstellung gesamt inkl. Außenanlagen	Herbst	2027

Ergänzung 242/100/2021/1

Der Zeitplan verschiebt sich voraussichtlich um 1 Jahr: Baufertigstellung Ende 2028.

3.7 Kosten

Kosten- gruppe	Kostenschätzung zum Vorentwurf	NEUBAU	ALTBAU	GESAMT
100	Grundstück	-	-	-
200	Herrichten und Erschließen	315.083 €	30.153 €	345.236 €
300	Bauwerk -Baukonstruktion	15.157.062 €	1.717.800 €	16.874.862 €
400	Bauwerk - Technische Anlagen	7.014.463 €	794.973 €	7.809.436 €
500	Außenanlagen	635.834 €	209.825 €	845.659 €
600	Kunst am Bau, Leit- und Orientierungssyst.	352.573 €	-	352.573 €
700	Baunebenkosten	3.357.230 €	653.424 €	4.010.654 €
	Gesamtkosten Bau	26.832.245 €	3.406.175 €	30.238.420 €
	Gesamtkosten Einrichtung ohne IT	2.323.090 €	744.000 €	3.067.090 €
	Gesamtkosten Bau und Einrichtung	29.155.335 €	4.150.175 €	33.305.510 €

Das Ergebnis der Kostenschätzung kann zum derzeitigen Planungszeitpunkt nur mit einer Genauigkeit von -10%/+30% ermittelt werden.

Bei geschätzten Gesamtkosten i. H. v. 33.305.510 € wird die Endabrechnungssumme voraussichtlich zwischen 29.731.960 € und 42.946.163 € liegen.

Gegenüber der bisherigen Grobkostenannahme ergeben sich folgende Änderungen:

Die Gebäudekubatur des Neubaus hat sich im Vergleich zur Grobkostenannahme aus dem Haushaltsprotokoll 2020 um 26% reduziert. Die Kennzahl Bauwerkskosten KGR 300+400 / m³ BRI hat sich von 490 €/m³ auf 480 €/m³ reduziert.

Ergänzung 242/100/2021/1

Die Kosten mit Kostenstand Januar 2021 müssen entsprechend der statistischen Preissteigerung einer Indizierung von 15,3 % auf das 1. Quartal 2022 unterzogen werden.

Bei dann geschätzten Gesamtkosten i. H. v. 38.401.253 € wird die Endabrechnungssumme voraussichtlich zwischen 34.561.128 € und 49.921.629 € liegen.

Die Kosten zur Vorrüstung der Aufstockungsoption sind in der Kostenschätzung enthalten. Die Kosten für die Aufstockung selbst sind nicht enthalten.

3.8 Wirtschaftlichkeit und Kostenkennzahlen für den Neubau

Wirtschaftlichkeit:

Eine Realisierung des Technischen Rathauses am Standort Museumswinkel und die Konzentration der Einheiten und technischen Fachgebiete an diesem Standort schaffen die Voraussetzung der Nachnutzung dann freiwerdender stadteigener Verwaltungsflächen v.a. im Gebäude Schuhstraße 40/Kleines Rathaus.

Nach derzeitigen Planungen können damit Flächen der Größenordnung von ca. 180 Arbeitsplätze abgemietet werden, für die derzeit Mietaufwendungen von 540.000 EUR pro Jahr anfallen. Gleichzeitig ergibt sich bei den geschätzten Baukosten, der im Bestand und im Neubau dann zur Verfügung stehenden Geschossfläche von ca. 13.000m² und einer Rendite von wenigstens 2,5% eine fiktive Mindestmiete von ca. 8,60 EUR/m². Dieser Wert liegt deutlich unter aktuellen Marktmieten für derartige Gewerbeimmobilien. Mietkosten bei laufenden Verträgen für Büroimmobilien liegen mit einem Faktor 1,5 und mehr über diesem Quadratmeterpreis.

Neben dieser betriebswirtschaftlichen Betrachtung wird ein Effizienzgewinn durch die Synergieeffekte der leichteren Zusammenarbeit im Referat, des Betriebs eines energieeffizienteren Gebäudes, aber auch durch die Möglichkeit als Stadt Erlangen attraktive zeitgemäße Arbeitsplätze im technischen Arbeitsumfeld zur Verfügung stellen zu können, erwartet.

Trotz sich ändernder Arbeitswelten besteht auch weiterhin ein Bedarf an Verwaltungsflächen. Sollte der für die gesamte Stadtverwaltung mittelfristig prognostizierte Flächenbedarf nicht durch die Realisierung eines Verwaltungsbaus umgesetzt werden, wäre die aktuelle Konsequenz, diesen teurer und/oder mit funktionalen Einschränkungen am (Miet-)Markt zu decken. Ein Festhalten am status quo („Variante Null“) der derzeitigen Flächeninanspruchnahme ist nicht zielführend und behindert mittelfristig Verwaltungsprozesse durch das dann entstehende Flächendefizit an den Verwaltungsstandorten.

Mehraufwendungen für Anmietungen gegenüber dem o.g. fiktiven Mietpreis werden mit ca. 900.000 EUR pro Jahr prognostiziert.

Kostenkennzahlen:

Die Kostenschätzung kann mit folgenden Kennzahlen und Kostenstand 2020 (Stand Vorentwurfsplanung) unterlegt werden:

Kennzahlen (indiziert auf 2020)	Neubau Technisches Rathaus inkl. Tiefgarage	Vergleich BKI "Büro- und Verwaltungsgeb äude, mittlerer Standard" *)	Vergleichs- objekt Berufsschule Werkstätten- trakt	Vergleichs- objekt Neubau Verwaltungsge bäude Bauhof
Nutzfläche m ²	6.372		13.255	1.413
Nettoraumfläche m ²	9.051		18.984	2.120
BGF m²	10.043		23.095	2.600
BRI m ³	46.203		99.751	9.491
Bauwerkskosten KG 300 + 400 in €	22.171.525		44.780.929	3.751.949
Gesamtbaukosten in €	29.155.335		75.965.975	5.506.978
Bauwerkskosten je Nutzfläche (NUF) in €	3.480		3.378	2.655
Bauwerkskosten je Nettoraumfläche (NRF) in €	2.450		2.359	1.770
Bauwerkskosten je Bruttogeschossfläche (BGF) in €	2.208	2.138	1.939	1.443
Bauwerkskosten je m³ BRI in €	480	500	449	395
Gesamtkosten je NUF in €	4.576		5.731	3.897
Gesamtkosten je NRF in €	3.221		4.002	2.598
Gesamtkosten je BGF in €	2.903		3.289	2.118
Wirtschaftlichkeits- vergleich BGF/NUF	1,58		1,74	1,84

Die Kennwerte des Neubaus Technisches Rathaus (ohne Umbau und Sanierung Altbau) liegen im Vergleich zu aktuellen Maßnahmen der Stadt mit ähnlichem Baustandard und zu statistischen Angaben aus dem Baukosten-Informationssystem *) BKI, Kostenstand Mai 2020, mit Regionalfaktor indiziert, in einer ähnlichen Bandbreite oder unterschreiten die Vergleichsobjekte in Einzelfällen sogar deutlich. Der Vergleich weist auf eine insgesamt wirtschaftliche Planung und Bauweise des Bauprojektes hin.

3.9 Finanzierung

Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel stellen sich wie folgt dar:

	bis 2021 €	2022 €	2023 €	2024 €	2025 €	2026 ff €	Gesamt €
Haushalts-entwurf 2022							
Ansatz	400.000	-	-	-	-	29.850.000	29.850.000
VE							
Einrichtung							-
Stand Vorentwurf							
Ansatz	400.000	600.000	6.700.000	11.400.000	7.800.000	3.400.000	30.300.000
VE		400.000					
Einrichtung					2.350.000	750.000	3.100.000

Ergänzung 242/100/2021/1

	bis 2021 €	bis 2022 €	2023 €	2024 €	2025 €	2026 ff €	Gesamt €
Haushalts-entwurf 2023							
Ansatz	400.000	-	-	-	-	-	-
VE							
Einrichtung							-
Stand Vorentwurf, indiziert auf 1. Quartal 2022							
Ansatz	400.000	0	700.000	7.700.000	13.000.000	13.000.000	34.800.000
VE				500.000			
Einrichtung						3.600.000	3.600.000

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*

nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

*ja**

*nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Die Verwaltung verfolgt ein Klima-Konzept in den folgenden priorisierten Schritten:

1. Reduktion/Suffizient/Vermeidung/Begrenzung

= nur unabdingbar notwendige Flächen sind zu errichten

2. Effizienz/Optimierung/Verbesserung

= auf energetische Belange optimierte Bauweisen, Techniken, Materialien incl. Einsatz nachwachsender Materialien

3. Kompensieren/Reparieren

= Ausgleich/Kompensation, auch an anderer Stelle

Das Ergebnis kann der Anlage „CO2-Bilanz“ entnommen werden

Ergebnis:

Die CO2-Bilanz mit einem negativen Ergebnis von - 5.592 Tonnen CO2 in einem Zeitraum von 40 Jahren ist klimapositiv.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 0 € (im HH bei IPNr.: 111.430 vorhanden)

Baukosten
30.3000.000 €
(neu im HH
anzumelden)

Sachkosten: € bei Sachkonto:

Personalkosten (brutto): € bei Sachkonto:

Folgekosten € bei Sachkonto:

Korrespondierende Einnahmen € bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Stellungnahme Ref. II / Amt 20: (28.10.2021)

Das aktuelle Investitionsprogramm als Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung ist bereits „randvoll“. Eine Umsetzung dieses Projekts würde zwangsläufig eine Verdrängung bereits veranschlagter Maßnahmen oder - bzw. und - eine wesentliche Neuverschuldung zur Folge haben.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf lVP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden
Mehrbedarf IP-Nr. 111.430 (30.300.000 €)

Ergänzung 242/100/2021/1

Mehrbedarf IP-Nr. 111.430 (34.400.000 €)

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird aufgrund der Anregung von Herrn StR Lehrmann wegen Beratungsbedarfs vertagt.

Abstimmung:

vertagt

TOP 25

242/135/2022

Neubau Fahrradabstellanlage am Bahnhof; Entwurfsplanungsbeschluss

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Förderung des Radverkehrs zur Deckung des Bedarfs an überdachten Fahrradabstellplätzen auf der Ostseite des Bahnhofs Erlangen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Neubau von 798 überdachten Fahrradstellplätzen und Sonderplätzen für Hänger, Lastenräder

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

3.1 Planungsgrundlagen

Mit Beschluss des UVPA vom 06.12.2016 (Vorlagennummer 242/160/2016) wurde der Vorentwurfsplanung für den Neubau der Fahrradabstellanlage am Bahnhof zugestimmt. Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

3.2 Grundstück

Für die geplante Errichtung der Fahrradabstellanlage am Bahnhof steht das Gelände südlich des Bahnhofsgebäudes zwischen Gleis 1 und der historischen Stadtmauer zur Verfügung. Regelungen hierzu wurden durch einen Gestattungsvertrag mit der Deutschen Bahn getroffen. Die Übernahme der zusätzlichen Grundstücksflächen von der Deutschen Bahn erfolgt voraussichtlich Anfang 2023.

3.3 Bedarf / Förderung

Für die Bike-and-Ride (B&R)-Anlage am Erlanger Bahnhof wurde durch den VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg GmbH) eine Bedarfsprognose erstellt. Die Anzahl der Fahrradabstellplätze, die durch die Regierung von Mittelfranken gefördert wird, orientiert sich an den Zahlen aus dieser Bedarfsprognose.

Es wird eine Förderung von 400 der insgesamt geplanten 798 Stellplätze und der 13 Sonderplätzen für Anhänger, Lastenräder in Höhe von 349.600 € erwartet.

Eine zusätzliche Förderung aus der Kommunalrichtlinie (nationale Klimaschutzinitiative) wird z. Zt. noch geprüft.

3.4 Entwurfskonzept

Die Fahrradabstellplätze werden längs der Gleisrichtung als zweiseitige Anlage mit Mittelgang angeordnet. Die Fahrräder werden in Doppelstockparksystemen untergebracht und sind überdacht. Um den Bedarf an abschließbaren Abstellmöglichkeiten zu decken, wurden in der Planung außerdem 30 flexibel vermietbare Fahrradabstellboxen vorgesehen.

Der Mittelgang weitet sich nach Süden hin auf und ermöglicht eine Durchgängigkeit vom Bahnhofsgebäude bis zur Brücke über die Güterhallenstraße, perspektivisch mit einer Wegeverbindung Richtung Süden.

Westlich des Treppenabgangs zur Unterführung Innere Brucker Straße wird der Zugang zur neuen Fahrradabstellanlage zur Stadtseite hinter dem denkmalgeschützten Eingangspavillon mittels einer erhöhten Pavillon-Pergola mit Bildmotiv betont. Als baulicher Abschluss der Anlage ist im Süden ein kleinerer Pavillon geplant.

Im Bereich der bestehenden Lärmschutzwand sind Schließfächer und ein geschlossener Mülltonnenstandort für die Servicestation vorgesehen.

Barrierefreiheit

Der Durchgang von Nord nach Süd und nach Osten zur Westlichen Stadtmauerstraße ist barrierefrei gegeben, zum Bahnsteig werden aufgrund der Höhenlage des Bahnsteigs die vorhandenen Stufenanlagen erneuert.

Baukonstruktion

Die Überdachung besteht je Seite aus einer Kragarmkonstruktion aus Stahl mit transluzenter Deckung, die durch die Höhenstaffelung im nördlichen Bereich überlappt. Durch die

durchscheinende Dachbekleidung entstehen freundliche lichte Flächen unterhalb der Überdachung.

Die Westseite der Fahrradabstellanlage zum Bahnsteig hin ist mit einer transluzenten Fassadenverkleidung versehen. Eine Gefahr für Vogelschlag ist nicht gegeben.

Grünkonzept/Freianlagen

Um den gesamten Bereich mit Aufenthaltsqualität für Nutzer und Bahnreisende zu gestalten, werden großzügige Grünflächen vorgesehen. An den Hauptzugängen im Norden, Süden und im Bereich der Schallschutzwand/Zugang zur Westlichen Stadtmauerstraße sind daher Pflanzflächen angeordnet. Alle Vegetationsflächen werden leicht überhöht, als Hochbeete mit Bodenanschluss ausgeführt, so dass ein Betreten der Flächen bestmöglich verhindert wird.

Im aufgeweiteten Bereich im Süden entsteht durch die integrierte Baumreihe ein Aufenthaltsbereich mit Sitzbänken. Die vier Neupflanzungen erhalten ein großes, durchgängiges Baumquartier.

Die beiden Pavillons werden mit großzügiger Fassadenbegrünung gestaltet. An den vier Treppenabgängen vom Gleis 1 zum Bereich der Fahrradabstellanlage werden beidseitig Fassadenbegrünungen integriert.

Es wird geprüft, ob die Integration von Nisthilfen in den begrüneten Bereichen möglich ist.

Abweichung solare Baupflicht

Von der solaren Baupflicht wird aus den nachfolgenden Gründen abgewichen:

- Mehrere Hinderungsgründe von Seiten der DB AG aufgrund strenger Bahnrichtlinien bezüglich Eigenerzeugungsanlagen in Gleisnachbarschaft (z.B. Oberleistungsnähe, Blendungsgefährdung des Zugverkehrs), die aufgrund der notwendigen Kabeltrassen-Abstimmungen mit der DB AG bekannt sind
- Aufgrund der baulichen Situation mit überlagerten Dachflächen, Höhenentwicklung mit Verschattung der Dachflächen durch Bestandsgebäude ist eine sinnvolle Anordnung von PV-Modulen nicht gegeben.
- Eine helle und freundlich-einladende Gestaltung und eine gute Ausleuchtung mit Tageslicht fördert die Akzeptanz der Anlage, sowie einen pfleglichen Umgang und minimiert die Anfälligkeit für Verschmutzung und Vandalismus. Der für die optimale Flächennutzung erforderliche Transparenzgrad der Dachdeckung würde bei Überkopf-PV-Modulen auf bis zu 20-30% reduziert, so dass die helle und lichte Ausgestaltung der Flächen mit hoher Aufenthaltsqualität stark beeinträchtigt wäre.

Beteiligungen DB AG und Zweckverband Stadtumlandbahn

Im Rahmen der Umgestaltung der Flächen wird die bestehende Leitungstrasse der Deutschen Bahn angepasst, da diese momentan in teilweise maroden Kabelgefäßen verlegt ist. Nach engen Abstimmungen mit der DB AG wird die Trasse nach den Regelwerken der DB als Schwerlasttrug ausgebildet. Die Höhe der Trasse wird auf die fertige Pflasterhöhe ausgerichtet.

Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Fachbereichen der DB AG wurden geführt. Die erforderliche grundsätzliche Zustimmung liegt vor (BA-BY-22-126589 vom 04.05.2022).

Die Planung wurde intensiv mit dem Zweckverband Stadtumlandbahn abgestimmt. Die geplante Unterquerung der Bahnlinie ist berücksichtigt

Betreiberkonzept

Die GGFA, die das Fahrradprojekt „Cafe Hergricht“ betreibt, soll Teile des Betriebs und Unterhalts der Anlage übernehmen. Die genaue Aufgabenteilung befindet sich derzeit im Abstimmungsprozess mit den städtischen Dienststellen.

3.5 Termine

Interner Abschluss Entwurfsplanung mit Kostenberechnung	August 2021
Abstimmung der Entwurfsplanung mit DB AG	bis Mai 2022
Genehmigungsplanung und Förderanträge	bis September 2022
Ausführungsplanung und Ausschreibung	bis Ende 2. Quartal 2023
Baubeginn	3. Quartal 2023
Baufertigstellung	3. Quartal 2024

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Die Verwaltung verfolgt ein Klima-Konzept in den folgenden priorisierten Schritten:

1. Reduktion/Suffizient/Vermeidung/Begrenzung
= nur unabdingbar notwendige Flächen sind zu errichten
2. Effizienz/Optimierung/Verbesserung
= auf energetische Belange optimierte Bauweisen, Techniken, Materialien incl. Einsatz nachwachsender Materialien
3. Kompensieren/Reparieren
= Ausgleich/Kompensation, auch an anderer Stelle

Das Ergebnis kann der Anlage „**CO2-Bilanz**“ entnommen werden

Ergebnis:

Die CO2-Bilanz mit einem negativen Ergebnis von 70 Tonnen CO2 über den Zeitraum von 40 Jahren ist klimaneutral.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Zusammenstellung der Kostenberechnung zur Entwurfsplanung (Stand August 2021)

Kostengruppe	
100 Grundstück	- €
200 Herrichten und Erschließen	205.000 €
300 Bauwerk - Baukonstruktion	2.083.000 €
400 Bauwerk – Technische Anlagen	93.000 €
500 Außenanlagen	699.000 €
600 Ausstattung und Kunstwerke	422.000 €
700 Baunebenkosten	947.000 €
Gesamtkosten Bau (inkl. 19% MwSt.)	4.449.000 €

Das Ergebnis der Kostenberechnung kann zu dem derzeitigen Planungszeitpunkt nur mit einer Genauigkeit von - 5% / +20% ermittelt werden. Bei berechneten Gesamtkosten für den Bau in Höhe von 4.449.000 € wird die Endabrechnungssumme damit voraussichtlich zwischen 4.226.550 € und 5.338.800 € liegen.

Gegenüber der bisherigen, zur Vorplanung angepassten Kostenschätzung im Jahr 2017 ergeben sich folgende Änderungen:

- Indexanpassung 3/2017 auf 2/2021 (ca. 118,5%): 555.000 €
- Stahlpreissteigerung (ca. 197%): 350.000 €
- Kostenaufwand für vorbereitende Maßnahmen historische Stadtmauer in Höhe von ca. 45.700 €
- Kostenmehraufwand bezüglich der Bauausführung von ca. 466.000 € (Mehraufwand: Abbruch, Abwasserentsorgung, notwendige Wasserversorgung, notwendige Regenrückhaltung, Einbauten etc.)
- zusätzlicher Kostenaufwand aufgrund des Verbleibs der DB-Kabeltrasse auf dem Grundstück in Höhe von ca. 412.300 €
- Mehraufwand für Bepflanzungen, Rankkonstruktionen und Hochbeete in Höhe von ca. 80.000 €

Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel stellen sich wie folgt dar:

	bis 2021	2022	2023	2024	Gesamt
	€	€	€	€	€
Haushalt 2022 Entwurf Kämmerei	664.779	700.000	850.000	300.000	2.514.779
	MiB und Restmitteleinzug berücksichtigt				

Stand Entwurf Ansatz Amt 24					
Tatsächlicher Bedarf anhand Entwurf	664.779	700.000	1.300.000	1.784.221	4.449.000
VE			VE 1.500.000		

Investitionskosten:	4.449.000 €	bei IPNr.: 546.410
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	ca. 15.000 €/Jahr zzgl. Betrieb GGFA	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	349.600 €	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Ergebnis der Zuschussprüfung:
siehe Punkt 3.2 im Sachbericht

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr. 546.410 in Höhe von 2.514.779 € bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden in Höhe von 1.934.221 €

Einsichtnahme durch das Revisionsamt

Das Revisionsamt hat die Unterlagen zur Entwurfsplanung gemäß Ziffer 5.5.3 DA Bau zur Einsichtnahme erhalten.

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird aufgrund der Anregung von Herrn StR Lehrmann wegen Beratungsbedarfs direkt in den kommenden Juni Stadtrat verwiesen.

Ergebnis/Beschluss:

Abstimmung:

verwiesen

TOP 25.1**39/007/2022****Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2021 des Amtes 39****Sachbericht:****1. Ergebnis/Wirkungen**

Mit der Möglichkeit, 30 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

			in EUR
2.1	Das bereinigte Gesamtbudgetergebnis 2021 des Amtes 39 beträgt		12.527,91
	(2020: -15.913,54 EUR, 2019: -26.967,99 EUR)		
	Die Lastschriften aus der Abrechnung der Personalaufwendungen 2021 haben betragen		
	für das 1.Halbjahr	-	
	für das 2.Halbjahr	-	
	Der Budgetrahmen wurde durch die Lastschriften somit reduziert um insgesamt		0,00
	In den Investitionshaushalt 2021 wurden übertragen		
	(2020: 0,00 EUR, 2019: 0,00 EUR)		0,00
	Das bereinigte Gesamtbudgetergebnis ist im Wesentlichen zurückzuführen auf:		
	Es wurden höhere Erträge in Form von Verwaltungsgebühren und Zwangsgeldern erhoben, als zuvor prognostiziert war. Dies ist durch wenige Verwaltungsverfahren im Bereich der Lebensmittelüberwachung begründet.		
2.2	Das Arbeitsprogramm 2021 konnte mit folgenden Änderungen erfüllt werden:		
	Das Arbeitsprogramm 2021 konnte nicht wie geplant erfüllt werden. Aufgrund personeller Engpässe konnten viele Plankontrollen nicht durchgeführt werden.		
2.3	Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.		
2.4	Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 39 im Jahr 2021		
	Stand am 01.01.2021		4.767,42
	Entnahmen 2021 aufgrund Fachausschussbeschluss vom		-
		geplante Entnahme	tatsächliche Entnahme
	für		
	für		
	für		
	tatsächliche Entnahmen gesamt:		-

	zuzüglich Gutschriften aus der Abrechnung der Personalaufwendungen 2021		
	Gutschrift 1. Halbjahr		14.868,73
	Gutschrift 2. Halbjahr		71.520,80
	Gutschriften Personalabrechnung gesamt:		14.868,73
	= gegenwärtiger Rücklagenstand		19.636,15
	2.5 Folgende Verwendung der künftigen Budgetergebnisrücklage ist geplant:		
	Gegenwärtiger Rücklagenstand		19.636,15
	zuzüglich Budgetübertrag 2021		
	= künftiger Rücklagenstand		19.636,15
	Geplante Verwendung:		
	2.5.1	Vorhaltung für entstehende Kosten im Tierseuchenfall (z. B. ASP)	10.000
	2.5.2	Vorhaltung für bereits durchgeführte Vollzugsmaßnahmen, deren Eintreibung noch unklar ist (z. B. Tierunterbringungen)	3.000
	2.5.3	Vorhaltung für notwendige Maßnahmen / Versorgung von Tieren aus dem Ausland, insbesondere Heimtiere geflüchteter Personen aus der Ukraine	6.636,15

)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i. H. v. 14.868,73 EUR
(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2021)

Ergebnis/Beschluss:

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2021 des Amtes 39 i. H. v. 12.527,91 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 3.758,37 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2021 i.H.v. 3.758,37 EUR und der Mittel in der Budgetrücklage des Amtes von 19.636,15 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 26

Anfragen

Protokollvermerk:

Herr StR Agha fragt an, ob die Verteilung von Gratistüten vor der Unimensa untersagt werden kann. Herr berufsm. StR Ternes sagt eine Prüfung zu. Herr StR Bazant ergänzt die Frage, ob eine Auflage zur Beseitigung des Mülls erteilt werden kann.

Sitzungsende

am 22.06.2022, 17:15 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Janik

Der / die Schriftführer/in:

.....
Solger

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft Klimaliste Erlangen/Erlanger Linke: